1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 14 vom 6. April 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Einig mit Reagan

Einig mit Ronald Reagan zeigten sich die beiden Bewerber der Demokratischen Partei in den USA, Walter Mondale und Gary Hart: in einem Fernsehgespräch betonten beide, die USA könnten nicht darauf verzichten, den atomaren Erstschlag als Möglichkeit ihrer Politik beizubehalten...

Zwar sei ein Verzicht wünschenswert, aber gegenwärtig eben nicht zu realisieren, war ihr gemeinsamer Nenner. Womit einmal mehr deutlich geworden sein dürfte, daß die Wähler in den USA nun wahrlich keine große Auswahl haben werden.

Ob eine Politik atomarer Erpressung von einem Präsidenten dieser oder jener Partei durchgeführt wird, ob man sie für grundsätzlich richtig oder nur für im Augenblick unverzichtbar erklärt — das macht wahrhaftig keinen echten Unterschied, die Drohung bleibt.

Nicht wetterwendisch

Die Münchner Stichwahl zum Oberbürgermeisteramt widerlegte die vorherige CSU-Behauptung, Kiesls schlechtes Abschneiden im ersten Wahlgang habe am Wetter gelegen. Die Niederlage für die CSU fiel noch viel deutlicher aus.

Auch in anderen Bereichen Bayerns gab es — für dortige Verhältnisse — erstaunliche Rückschläge für die Strauß-Partei.

Kronawitter wurde gewählt, weil er in den Augen breitester Teile der Bevölkerung als Alternative zur CSU-Politik stand, was seine ersten Bekundungen bereits sehr fraglich machen. Während Kiesl in Kernfragen Konfrontation ankündigte, rief Kronawitter ihn zur Zusammenarbeit auf. Keinesfalls als taktisches Manöver sei dies gedacht, unterstrich er, sondern aufgrund der bestehenden Sachfragen.

Die Hoffnungen, die sich auf Kronawitter richten, haben wenig Aussicht, auch nur teilweise erfüllt zu werden. Aber sie könnten Ausgangspunkt einer verstärkten Formierung im Interesse der Arbeiterklasse sein.

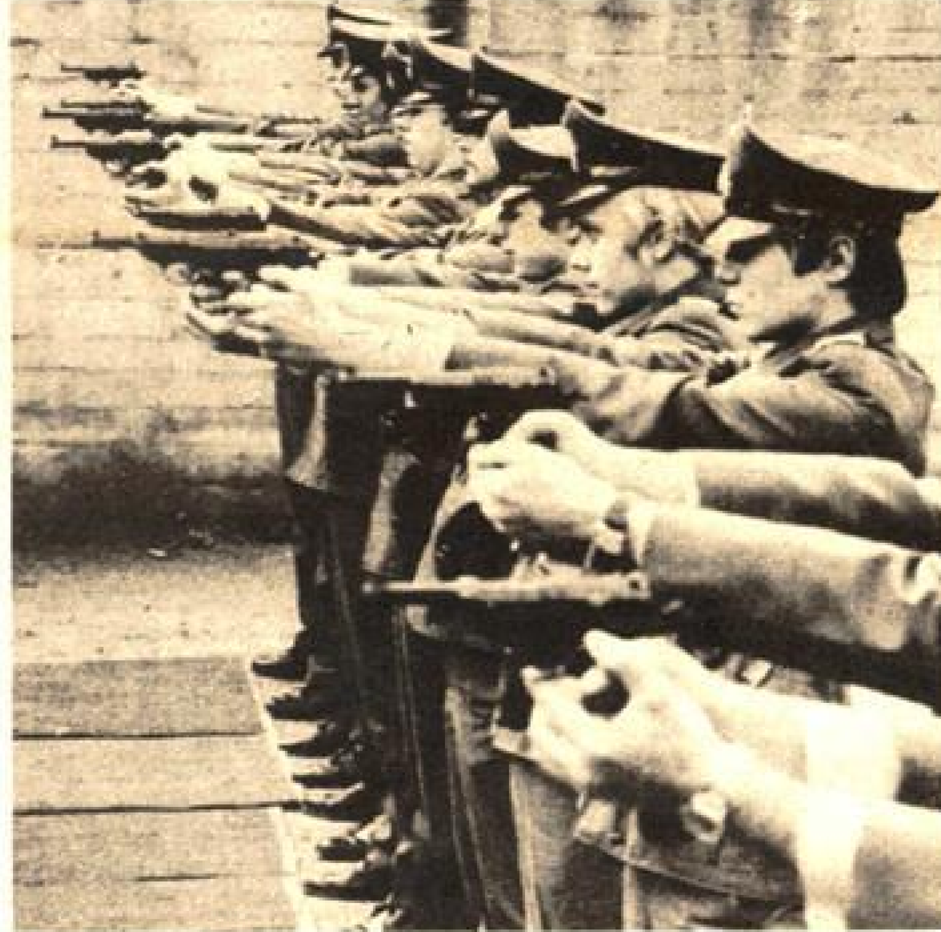
Innerhalb von einer Woche

Zwei Menschen von der Polizei erschossen

Innerhalb von nur einer Woche erschossen Polizisten zwei Menschen, einen 30jährigen Bauern aus dem Landkreis Cham in Bayern und einen 20jährigen jungen Mann in Ravensburg in Baden-Württemberg. In beiden Fällen zeichnet sich bereits ab, daß die Juristen in diesen tödlichen Schüssen kein Tötungsdelikt sehen, sondern „Notwehr" der betreffenden Polizisten.

In Bayern spielte sich folgendes ab. Zwei Beamte der Grenzpolizeistation Neukirchen trafen bei einer Streifenfahrt auf einen Autofahrer, dessen Abblendlicht nicht brannte. Weil er auf ihr Zeichen nicht anhielt, sondern weiterfuhr, verfolgten sie ihn bis auf seinen in der Nähe gelegenen Hof. Als der Bauer sich dort weigerte, eine Blutprobe mitzumachen, kam es zu einer Auseinandersetzung, die nach Aussagen der Polizisten „handgreiflich" verlief. Einer der beiden Polizisten ging zurück zum Streifenwagen, um Verstärkung zu holen. Als er zurückkam, war der Bauer tot. Aus der Dienstpistole seines Kollegen hatten sich „zwei Schüsse gelöst" — und den Bauern in die Brust getroffen...

In Ravensburg wurde die Polizei in eine Wohnung geholt, weil dort ein Jugendlicher randalierte und Mitbewohner mit einer Schreckschußpistole bedrohte. Die Polizei kam und umstellte das Haus mit mehreren Mann. Der stark angetrunkene Jugendliche kletterte schließlich aus dem Fenster der Erdgeschoßwohnung und taumelte auf die Straße zu. Die Polizisten fühlten sich bedroht und schossen zweimal scharf — obwohl sie vorher von einer Bewohnerin des Hauses darauf hingewiesen worden waren, daß die Pistole, die der Jugendliche in der Hand hielt, nicht geladen war. Für die Staatsanwaltschaft ein klarer Fall von „Notwehr"...



Schießausbildung der Polizei: Die Pistolen sitzen locker



Demonstration gegen Treffen der Waffen-SS in Oberaula



7 000 Demonstranten protestierten am letzten Samstag gegen ein Treffen von 400 Mitgliedern der Division Totenkopf in Oberaula. (Bericht Seite 6)



Opel/Bochum: Am 28.3. legten 6700 der 7300 Beschäftigten der Frühschicht eine Stunde vor Schichtende die Arbeit nieder und probten den 7-Stunden-Tag

35-Stunden: Warnstreiks laufen gut

Die Zeit ist reif für die Urabstimmung!

Die Warnstreikaktionen in der Metallindustrie für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zeigen Wirkung. Die Bewegung hat durch sie deutlich Schwung gekriegt. Aber der IGM-Vorstand betätigt sich als Bremser. Während die Tarifkommission der IG Druck & Papier am 2. April die Schlichtung für gescheitert erklärte, verkündete am gleichen Tag der Vorstand der IG Metall seine Bereitschaft für ein Spitzengespräch mit dem Unternehmerverband Gesamtmetall. Die Entscheidung über die Urabstimmung wurde dagegen auf den 9. April vertagt.

Der IGM-Vorstand erklärte seine Bereitschaft zum Spitzengespräch ausdrücklich „ohne jede Vorbedingung". Der IGM-Vorsitzende Hans Mayr sagte, dieses Spitzengespräch sei die letzte Möglichkeit, die Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche wieder in Gang zu bringen und die sonst unausweichliche Urabstimmung mit nachfolgendem Streik zu vermeiden.

Es fragt sich, wie Hans Mayr Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche in Gang bringen will, wenn er den Unternehmern noch nicht einmal die „Vorbedingung" stellt, daß sie überhaupt bereit sind, über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu reden.

Gesamtmetall-Chef Thiele hat zwar umgehend die Bereitschaft des IGM-Vorstandes zum Spitzengespräch begrüßt und die hoffnungsfrohe Erwartung ausgedrückt, daß „dieses Treffen auf höchster Ebene dazu diene, einen Arbeitskampf zu vermeiden", die 40-Stunden-Woche stehe aber nicht in Frage.

Fortsetzung auf Seite 3

Pharmaindustrie macht mobil

„Krankheit auf Rezept" soll nicht erscheinen

Das Institut für medizinische Statistik ließ zu Wochenbeginn die öffentliche Verbreitung des Buches „Krankheit auf Rezept" per einstweiliger Verfügung untersagen. Auch die Werbung für das Buch wurde unter Androhung von Geldstrafe vom Gericht untersagt.

Eine angesetzte Pressekonferenz des Verlages wurde abgesetzt, nachdem das Gericht ohne mündliche Verhandlung den Wünschen des IMS entsprochen hatte. Dabei stellt dies nur die jüngste in einer ganzen Reihe von Zensurmaßnahmen dar, die gerade von der chemischen Industrie in den letzten Jahren immer öfter gefordert wurde.

Das Buch verarbeitet eben jene Statistiken des IMS, mit deren Veröffentlichung der NRW-Minister Farthmann in der vorletzten Woche einige Aufmerksamkeit erregt hatte. Denn diese Daten sind den politischen Stellen der BRD eigentlich nicht zugänglich. In die Superprofite aus dem Pillengeschäft lassen sich die Chemiekonzerne nicht gerne hineingucken, von niemandem. Die Pharmaindustrie, deren Geschäftsbedingungen in einer EG-Untersuchung im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten „optimal" genannt wurden, wacht eben deshalb so streng darauf, daß niemand ihre Praktiken aufdeckt, weil sie eben diese Bedingungen weiter haben will. Diese Verfügung sichert dies ab.

RM-Dokumentation

Bilanz zweier Bundesregierungen: Umverteilung für die Reichen

Die folgende „Streichbilanz" stellte die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" zusammen. Dabei wird im begleitenden Artikel weitgehend „vergessen", daß die 82er Maßnahmen von einer anderen als der jetzigen Bundesregierung beschlossen wurden. In der Zusammenschau ist dieser Katalog tatsächlich „beeindruckend". Eine Liste von rund 50 Maßnahmen in drei Jahren, die, bei noch so unterschiedlicher Wirksamkeit, alle eines gemeinsam haben: sie gehen ausschließlich aufs Konto der arbeitenden Bevölkerung.

Gekürzt – gesperrt – gesenkt

1982: Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld verschärft; Bedingungen für die Zumutbarkeit einer angebotenen Arbeit verschärft; Sperrzeiten für Arbeitslosengeld und -hilfe verlängert; Unterhaltsgeld gesenkt; Übergangsgeld gekürzt; ABM-Förderung eingeschränkt; Krankenversicherungsbeitrag der Rentner vorgezogen; Kuren eingeschränkt; Rehabilitationsmaßnahmen eingeschränkt; Bagatell-Arzneimittel ausgegrenzt; Kindergeld gekürzt; Bafög gesenkt; Mutterschaftsgeld eingeschränkt; Wohngeld gesenkt; Sozialhilfe gesenkt.

Tabaksteuer erhöht; Branntweinsteuer erhöht; Ausbildungsfreibeträge eingeschränkt; Mietrecht geändert; Investitionszulage eingeführt.

....

1983: Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in Bund und Ländern begrenzt; Vorsorgepauschale für nicht rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer gekappt; Leistungsdauer beim Arbeitslosengeld gesenkt; Übergangsgeld bei beruflicher Rehabilitation gesenkt; Rentenanpassung um ein halbes Jahr verschoben; Krankenversicherungsbeitrag der Rentner vorgezogen; Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt und bei Kuren eingeführt; Rezeptgebühr weiter erhöht; Schüler-Bafög gestrichen; Studenten-Bafög auf Darlehen umgestellt; Wohngeld weiter gesenkt; Regelsatzanpassung in der Sozialhilfe gesenkt; Kinderbetreuungskosten gestrichen; Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose und für Wehr- und Zivildienstleistende gekürzt.

....

1984: Lohn- und Gehaltsanpassung im öffentlichen Dienst verschoben; Eingangsbesoldung gesenkt; Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld sowie Arbeitslosenhilfe für Kinderlose gekürzt; Unterhaltsgeld gekürzt; Krankengeld in die Beitragspflicht zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung einbezogen; Anspruchsvoraussetzungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten verschärft; Tagessatz beim Mutterschaftsurlaubsgeld gesenkt; unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter eingeschränkt; Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte in Werkstätten gesenkt.

In der Planung sind:

Erleichterung befristeter Arbeitsverträge; Verlängerung der Höchstdauer für die Überlassung von Leiharbeitnehmern; Arbeit auf Abruf und sonstige Teilzeitarbeitsformen; Einführung einer Teilarbeitsunfähigkeit; Anrechnung von Kuren auf den Urlaub.

Regierungsparteien streiten über „Steuerreform"

Nachtarbeit ist für Stoltenberg keine Leistung

Die Debatte innerhalb der Regierungsparteien, über das Wann und Wie ihrer sogenannten Steuerreform ist ein bloßer Streit um taktische Finessen, geprägt von den 1987 anstehenden Bundestagswahlen. Weil dort möglichst wenig an Stimmen verloren werden soll, will Stoltenberg den Betrug an den werktätigen Wählern organisieren. Die Hälfte des Ausfallbetrags soll über Steuererhöhungen wieder hereinkommen, auf eine Art, die erneut Arbeitern und Angestellten besondere „Opfer" auferlegt.

Zwei Bereiche umfaßt Stoltenbergs Plan. Familienentlastung und Entlastung der Einkommensteuerzahler sind dafür die Stichworte. 25 Milliarden Mark soll das Ganze ergeben, von denen 12 Milliarden über die Erhöhung indirekter Steuern wieder hereinkommen sollen.

Ist schon der Steuerfreibetrag für Kinder ganz eindeutig zugunsten der Reichen geplant (598 Mark jährliche Steuerersparnis im Spitzensteuersatz gegenüber 235 Mark — 20 Mark im Monat — in der Proportionalzone der 22 Prozent Besteuerung), so wird dies bei den Plänen zur Entlastung der Einkommensteuer noch deutlicher.

Bei Einkommen von über 6000 Mark monatlich können Ledige zwischen fast 300 und fast 500 Mark monatlich weniger bezahlen, Verheiratete zwischen 200 und 1100 Mark im Monat. Bei Einkommen bis zu 3000 Mark monatlich beträgt die Ersparnis bis zu 40 Mark bei Ledigen, rund 65 Mark höchstens bei Verheirateten (mit zwei Kindern). Die Regel lautet, ganz einfach, da die Progression abgebaut wird, je mehr verdient wird, desto größer die Entlastung.

Neben der beabsichtigten Erhöhung der indirekten Steuern greift auch noch die großspurig angekündigte Maßnahme zum Abbau von Subventionen. So soll für Arbeiter und Angestellte nicht nur der Weihnachtsfreibetrag wegfallen, sondern auch die Steuerfreiheit der Zuschläge bei Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie bei Nachtarbeit. Da Stoltenberg diesen Plan mit der alten CDU-Phrase, Leistung müsse sich wieder lohnen, begründet hatte, ist offensichtlich, daß für den früheren Krupp-Manager und heutigen Finanzminister Nachtarbeit beispielsweise keine Leistung ist. In typisch kapitalistischer Manier betrachtet er wohl Leistung ausschließlich als Geldverdienen, wer am meisten verdient, leistet am meisten. Mit Arbeit hat der Begriff Leistung bei Stoltenberg offenbar nichts zu tun.

Es soll hier gar nicht darauf eingegangen werden, daß schon bisher von all denen, die eigentlich zum Spitzensteuersatz veranlagt sind, nur ein — nicht ermittelter — Bruchteil diesen auch nur annäherungsweise bezahlt. Steuertricks und Abschreibungsgeschäfte haben in den vergangenen Jahren wahrlich genug Schlagzeilen gemacht, um diese Behauptung zu untermauern. Diese „Leistungen", dieser Dauerlauf durch den Abschreibungsdschungel, der soll den Herren Großverdienern künftig erspart bleiben — nicht etwa verbaut werden, nein, die Möglichkeiten stehen weiter offen, aber die Beträge werden schon mal kräftig gekürzt.

Flick-Ausschuß: Schutzgeständnis?

Lambsdorff: 9 Jahre Gesetzesverstoß sind Gewohnheitsrecht

28mal hat sich der vom Bundestag organisierte „Flick-Ausschuß" inzwischen getroffen und seine Arbeit rückt — zur Freude der „tragenden Säulen" dieses Staates — immer weiter in den Hintergrund der Öffentlichkeit. Erst sieben der 84 Zeugen sind vernommen, einige davon mehrmals. In der letzten Woche gestand Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff als Schatzmeister seiner Partei 9 Jahre lang gegen das Gesetz verstoßen zu haben.

In seiner Zeit als Parteischatzmeister der FDP von 1968 bis 1977 hatte er systematisch die Herkunft von Großspenden verschwiegen. Lambsdorff berief sich zwar darauf, daß dies alle Parteikassierer der Bonner Parteien täten (was stimmt), konnte aber damit die Tatsache nicht entkräften, daß dies eben ein Verstoß gegen das vom Bundestag erlassene Gesetz ist. "Es war allgemein nicht üblich" lautet die ebenso arrogante wie freche Behauptung dieses Gesetzesbrechers.

Und eine weitere Tatsache wurde in der Ausschußtagung letzter Woche unterstrichen: daß die Bezahlung der FDP-Spitzen direkt durch Großkapitalisten auch nach der „Wende" fortgesetzt wurde. Bosch-Chef Merkle organisierte ein entsprechendes Treffen im Hause Henkel im Oktober '82. Dort wurde der FDP eine finanzielle Überlebensspritze verpaßt, nachdem ihre Popularität nach dem Ausscheiden aus der Schmidt-Regierung auf einem Tiefpunkt angelangt war.

Außer diesen Eingeständnissen nutzte Lambsdorff das Forum gegen den Ausfällen gegen den „Spiegel", dem er Denunziation vorwarf (natürlich nicht im Sinne des Verpfeifens, sondern im Sinne der Rufschädigung). Das weitgehende Verschweigen in den Medien, eine Berichterstattung, die höchstens noch am Rande läuft — das dürfte nicht zuletzt Ergebnis solcher Vorstöße sein, wie jener, den Wolff von Amerongen in Goslar führte, als er forderte, solche Verhältnisse seien als normal zu betrachten (siehe RM 13/84). Es wird auf ganzer Linie „normalisiert". Dazu gehört, neben den Auftritten der „führenden Köpfe der BRD" vor dem Ausschuß, neben Amerongens Richtlinien zur Berichterstattung und neben den Strafversetzungen von Finanzbeamten und der ständigen CDU-Forderung, Journalisten, die den Skandal aufdeckten, zu belangen, auch die „Affäre Rech". Die Klage der früheren Sekretärin des FDP-Schatzmeisters von NRW Gattermann gegen ihre fristlose Kündigung war vom Arbeitsgericht abgewiesen worden. Heute stellt die Staatsanwaltschaft fest, daß der Inhalt ihrer damaligen Aussage (eidesstattlichen Erklärung) durchaus den Tatsachen entspricht. Nur ein Herr Lambsdorff darf sich vor einem Ausschuß stellen und sie als „notorische Lügnerin" bezeichnen — dabei war sie aus diesem Verein mit ihrer Erklärung ja wohl eher ausgetreten.

Vom Großkapital gekaufte Politiker — dieser zutreffende Eindruck, der da im Laufe der letzten zwei Jahre aufgekommen war, der soll um jeden Preis verwischt werden. Denn wenn dieser Eindruck weiter wirken würde oder sich gar anhand verbreiteter Tatsachen weiter verstärken würde, dann könnte dies möglicherweise die Konsequenz haben, daß manch einer nicht mehr so recht an diese Demokratie glauben mag. Und damit sind die Kapitalisten, aller Jammerei zum Trotz, bisher ganz gut gefahren.

Bundestagsdebatte über die Türkei — NATO-Treffen in Izmir

Schöne Worte und schöne Panzer

Am Freitag letzter Woche fand in Bonn eine Bundestagsdebatte über die Lage in den Gefängnissen der Türkei statt. Daß sie überhaupt stattfand, ist ein Erfolg für die erneute Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangenen in der Türkei, ebenso wie auch der Beschluß, erneut eine Bundestagsdelegation dorthin zu entsenden.

Diese aktuelle Stunde im Bundestag war auf Verlangen der Grünen zustandegekommen, für die Otto Schily in der Begründung angab, es gäbe in der Türkei gegenwärtig 27000 politische Gefangene, von denen sich 500 im Hungerstreik befänden, mehr als 100 auch im Durststreik.

Natürlicherweise sprach sich keiner der Bundestagsabgeordneten für die Folter aus. Die Vertreter der Regierungsparteien betonten jedoch, man müsse eben der Türkei auf ihrem Weg zur Demokratie helfen. SPD-Abgeordnete sind da, seitdem kein Kanzler Schmidt mehr da ist, kritischer geworden.

Verschiedene Sprecher von CDU und FDP nutzten die Gelegenheit, die Aktion der Grünen vorletzte Woche in der Türkei zu verurteilen — wobei natürlich keiner dieser Herren etwas darüber sagen konnte, was er denn dazu beigetragen habe, die Lage in den türkischen Gefängnissen bekannt zu machen.

Zur selben Zeit, da auch CDU-Abgeordnete sich in schönen Worten gegen die Folter aussprachen, war ihr Parteifreund Wörner schon in Ankara eingetroffen, drei Tage vor dem am Montag dieser Woche begonnenen NATO-Treffen in Izmir. Er reiste frühzeitig, um Zeit zu haben, über die Steigerung der Militärhilfe der BRD für die Türkei und die Neuausrüstung der türkischen Panzerdivisionen zu verhandeln.

Schöne Worte im Bundestag, schöne Panzer für das Folterregime in Ankara — eine verlogene Politik wird fortgesetzt.

Bei der Tagung der nuklearen Planungsgruppe in Izmir soll es nach verschiedenen — teilweise dementierten — Meldungen unter anderem darum gehen, ob, falls die Cruise Missiles in den Niederlanden nicht stationiert werden können, die Türkei als Ersatz in Frage kommt. Was für die NATO-Strategen einen Vorteil hätte: In der Türkei wäre weit weniger mit Opposition zu rechnen. Da gilt die Losung Menschen in Ketten statt Menschenketten.



BRD-Schlaglichter '84

8,7 Milliarden Mark für 600 Leute

Die hessischen Steuerbehörden veröffentlichten kürzlich Angaben zur Vermögensstruktur in diesem Bundesland. Das Gesamtvermögen aller Hessen beträgt demnach 34,8 Millionen Mark. Bei etwas über 9 Millionen Einwohnern macht das pro Kopf fast 4000 Mark. Das ist der durchschnittliche Reichtum hessischer Bürger. Es gibt allerdings ein paar, die sind reicher. Die fast 5800 Millionäre in Hessen haben davon einen Anteil von 18,3 Milliarden, runde 55 Prozent des Vermögens in der Hand von 0,06 Prozent der Einwohner. Die 600 reichsten Geldscheffler verfügen über 8,7 Milliarden Mark. Das sind immerhin schon genau 25 Prozent der hessischen Vermögenswerte. In den Händen von 0,006 Prozent der Bevölkerung. Verteilungsverhältnisse wie in einem mittelamerikanischen Agrarstaat auf dem Lande. Aber eine Klassengesellschaft, nein, das ist diese BRD doch wohl nicht, wurde in Bewertungen dieser Statistik geschrieben. Obwohl die Fakten eine andere Sprache sprechen ...

4000 Mark weniger für — fast — alle

Im Zeitraum der Jahre 82 bis 85 werden insgesamt 210 Milliarden Mark auf Kosten der werktätigen Bevölkerung eingespart (einschließlich Rentner, Arbeitslose und Sozialleistungsempfänger). Das macht pro Kopf in drei Jahren rund 4000 Mark, im Durchschnitt etwas über 100 Mark monatlich weniger für jeden. Die verschiedenen Sozialeinkommen verringern sich in diesem Zeitraum um 75 Milliarden, die Einkommen abhängig Beschäftigter um fast 60 Milliarden und die Besteuerung für die Nichtselbständigen beträgt anteilig etwa 42 Milliarden zusätzlich.

Diese Zwischenbilanz der Umverteilungspolitik der Bundesregierungen wurden in einer Studie gezogen, die an der Universität Köln erarbeitet wurde. Im selben Zeitraum werden die Unternehmer ganz direkt mit 35 Milliarden begünstigt, vor allem durch Steuerminderungen. Im Gegensatz zur hessischen Steuerbehörde kommen die Kölner Sozialwissenschaftler allerdings zum Schluß, daß es sich bei der BRD eben doch um eine Klassengesellschaft handele. Eben.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

EWERKSCHAFTEN geschlossen gegen AUSSPERRUNG

Wer aussperrt, gehört eingesperrt

„Wenn es zum Streik kommt, werden wir mit Aussperrung antworten.“ Drohungen wie diese, hier ausgestoßen vom Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Esser, begleiten die Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich von Anfang an.

Es ist offenkundig, wir sollen uns an den Gedanken gewöhnen: Die Arbeiter streiken, die Unternehmer sperren aus. Waffengleichheit. Aussperrung ist das gute Recht der Unternehmer, weil sie sonst dem Streikterror der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften wehrlos ausgeliefert wären.

So will es die Unternehmerpropaganda erscheinen lassen. Aber so ist es nicht. Die Unternehmer besitzen und verfügen über die Fabriken. Deshalb können die Arbeiter und Angestellten nur leben, indem sie ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen. Das gibt den Kapitalisten eine ungeheure Macht über die Arbeiter und Angestellten.

Diese Macht des Kapitals über die Arbeiterklasse besteht und wird bestehen, solange die Unternehmer über die Fabriken und Produktionsmittel verfügen. Nur weil die Arbeiter und Angestellten sich Gewerkschaften geschaffen und das Steikrecht erkämpft haben, sind sie überhaupt in der Lage, den Bestrebungen des Kapitals nach ständiger Verschärfung der Ausbeutung, nach Steigerung der Profite auf Kosten der Arbeiterklasse Widerstand entgegenzusetzen.

Man muß die Sache so grundsätzlich betrachten, um zu erkennen: angesichts der Macht, die das Kapital infolge der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel über die Arbeiterklasse hat, stellen Gewerkschaften und Streikrecht die Unternehmer nun wirklich nicht in die Position des Schwächeren.

Der Schrei nach Waffengleichheit, um die Aussperrung zu rechtfertigen, ist in Wirklichkeit der Schrei nach unumschränkter Unternehmergewalt. Aussperrung ist der Versuch, das Streikrecht der Arbeiterklasse außer Kraft zu setzen. Solidarität, Gewerkschaften, Streik — nur darin findet in diesem System die Macht des Kapitals über die Arbeiterklasse eine gewisse Einschränkung. Dagegen richtet sich die Aussperrung. Darum ist Aussperrung Terror. Ein Angriff auf das Streikrecht, ein Angriff auf die Demokratie.

Deshalb muß gegen die Aussperrung mobil gemacht werden. Nicht nur von den Gewerkschaften und in den Betrieben. Dort sicher vor allem. Aber die Frage geht jeden Demokraten an. Wer gegen Zimmermanns Pläne zur Einschränkung des Demonstrationsrechts kämpft, darf nicht tatenlos zusehen, wenn das Unternehmertum unter dem Beifall von Zimmermann und Konsorten das Streikrecht der Gewerkschaften zu untergraben sucht. Aussperrung muß verboten werden. Wer aussperrt, gehört eingesperrt!



Köln: eine gute Idee zu einem schlechten Plakat

Fortsetzung von Seite 1

Hans Mayr will also mit diesem Gespräch etwas wieder in Gang bringen, was noch nie in Gang war. Was kann die IG Metall bei diesem Spitzengespräch gewinnen? — Nichts, jedenfalls nicht in der Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Das haben die Unternehmer hinreichend klargestellt.

Der IG Metall aber kann durch diese Taktiererei des Vorstandes viel verlieren: Vertrauen. Nicht zuletzt deshalb war und ist es auch noch relativ schwierig, die Einheit der Belegschaften für die 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich herzustellen, weil vielen Kolleginnen und Kollegen das Vertrauen darin fehlte, daß die IG-Metall-Führung tatsächlich den Willen zur Durchsetzung dieser Forderung hat. Gerade hier haben die Warnsteikaktionen eine positive Veränderung gebracht. Die Warnstreiks haben zum erheblichen Teil auch schwankende Kolleginnen und Kollegen mitgerissen. Aus vielen Betrieben wird berichtet, daß auch ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen, die zuvor in den Diskussionen erhebliche Vorbehalte gegen die 35-Stunden-Forderung geäußert haben, sich an den Warnstreikaktionen beteiligten.

Der IG-Metall-Vorstand ist drauf und dran, das gewachsene Vertrauen in den ernsthaften Durchsetzungswillen der IG Metall wieder zu zerstören. Da wird den Unternehmern zum 29. März großspurig ein Ultimatum verkündet. Völlig richtig. Nur: das Ultimatum verstreicht — und was passiert? Der Vorstand vertagt die Entscheidung über die Urabstimmung. Stattdessen bietet die IGM-Führung den Unternehmern, die das „Ultimatum“ ungerührt haben verstreichen lassen, ein neues „Spitzengespräch“ an. Und aus dieser Position der „Stärke“ heraus will Hans Mayr Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche in Gang bringen?

Nein, man kann nicht glauben, daß Hans Mayr an die Durchsetzung der 35 Stunden in einem Spitzengespräch glaubt. Was man ihm wohl glauben muß, ist, daß er nach Möglichkeiten sucht, die eigentlich fällige „Urabstimmung mit nachfolgendem Streik“ zu vermeiden.

Damit der IGM-Vorstand bei dieser Suche nicht fündig wird, ist jetzt Druck aus den Betrieben angesagt. Nicht nur, daß die Warnstreiks verstärkt laufen müssen, jetzt muß mit Resolutionen, Unterschriftensammlungen, Telegrammen usw. auch dem IGM-Vorstand deutlich gemacht werden, daß die Urabstimmung unverzüglich beschlossen und durchgeführt werden muß.

Auf das Spitzengespräch darf nicht auch noch die Einwilligung des IGM-Vorstandes in ein Schlichtungsverfahren kommen. Was kann bei einer Schlichtung herauskommen? Betrachtet man die Haltung der Unternehmer, zieht man in Erwägung, welche Haltung in Frage kommende Schlichter zur 35-Stunden-Woche einnehmen, kann man nur zu einem Ergebnis kommen: mit der Zustimmung zur Schlichtung gibt man den Unternehmern nur eine zusätzliche Möglichkeit, die IG Metall in der Öffentlichkeit propagandistisch ins Unrecht zu setzen. Ein Schlichtungsverfahren wird neue Verunsicherung in die Betriebe tragen.

Der IGM-Vorstand muß den zu erwartenden Unternehmer-Vorschlag, ein Schlichtungsverfahren durchzuführen, mit der einfachsten aller denkbaren Begründungen ablehnen: wenn die Unternehmer sich keinen Millimeter auf die Gewerkschaftsforderung zubewegt haben, wenn sie jedes Verhandeln über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ablehnen, gibt es für ein Schlichtungsverfahren keine Geschäftsgrundlage.

Deshalb müssen die aktiven Gewerkschafter in den Betrieben jetzt unüberhörbar die Forderung nach schnellstmöglicher Urabstimmung stellen. Und die Urabstimmung muß in allen Tarifbezirken durchgeführt werden. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kann nicht in einem Tarifbezirk entschieden werden. Deshalb braucht die IG Metall Handlungsfreiheit in allen Tarifbezirken.

Sicher, da gibt es viele Bedenken, daß die notwendigen 75 Prozent in der Urabstimmung nicht erreicht werden, und völlig ausschließen kann man das nicht. Die Unternehmerpropaganda, daß nur eine Minderheit der Gewerkschaftsmitglieder hinter der 35-Stunden-Woche steht, ist nicht ohne Wirkung, obwohl die Warnstreiks hier doch einiges zurechtgerückt haben. Dennoch: hier muß eindeutig Klarheit geschaffen werden und dafür ist die Urabstimmung da.

Die „superschlaue“ Taktik, nur in einem relativ „sicheren“ Bezirk die Urabstimmung durchzuführen, bringt uns keinen Schritt weiter: die Unternehmer würden sofort behaupten, die IG Metall würde sich in anderen Bezirken nicht trauen, die Unsicherheiten in der Metallarbeiterschaft würden nicht beseitigt, in den anderen Bezirken wäre die Wirkung wohl eher demobilisierend, und die Urabstimmung in einem Tarifbezirk würde keine Kampfmaßnahmen ermöglichen, die den zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche notwendigen Druck entfalten könnten.

Deshalb gilt: wer schwimmen will, darf keine Angst haben, naß zu werden. Urabstimmung, Streik — anders kommen wir nicht zum Ziel.



Opel/Rüsselsheim: Alle Räder standen still. 10000 bis 12000 Kollegen beteiligten sich nach Schätzung des Betriebsrats am Warnstreik. Genossen berichteten, daß die von der Partei herausgegebene „Blind-Zeitung“ reißenden Absatz fand.

Klöckner/Bremen:

Streik am Hochofen

Am Donnerstag, dem 29. März, traten Klöckner-Kollegen am Hochofen in den Streik, Ziel der Aktion war es, die Absicht der Werksleitung, in jeder Kolonne einen Schmelzer einzusparen, zu vereiteln. Das konnte — jedenfalls zunächst einmal — erreicht werden.

Der Hintergrund: die Konzernleitung will die Belegschaft der Bremer Hütte auf 5150 Kolleginnen und Kollegen reduzieren. Derzeit hat die Hütte noch rund 6100 Beschäftigte.

Konkret ging es jetzt darum, daß von den 5 Schmelzern jeder Kolonne einer eingespart werden sollte. Daraufhin nahm die Frühschicht am 29. März die Arbeit um 6.00 Uhr gar nicht erst auf, sondern stellte den Ofen ab. Sie nahmen die Arbeit um 10.00 Uhr wieder auf, nachdem die Betriebsleitung und der Betriebsrat Verhandlungen begonnen hatten.

Bei Schichtwechsel um 14.00 Uhr nahm auch die Spätschicht die Arbeit zunächst nicht auf. Um 15.00 Uhr erklärte die Betriebsleitung, daß es vorerst bei 5 Schmelzern pro Kolonne bleiben werde.

Das „Ausdünnen“ der Klöckner-Belegschaft aber soll nach dem Willen des Vorstandes weitergehen. Klöckner will sie ohne direkte Entlassungen durchführen. Die bestehende Sozialplanregelung sieht zum einen vor, daß die Kollegen ab 55 Jahre ausscheiden und 95 Prozent des letzten Lohnes erhalten. Ansonsten läuft eine Abfindungsaktion zu vergleichsweise schlechten Bedingungen, die aber von relativ vielen türkischen Kollegen wahrgenommen wird. Auch die Schmelzer bei Klöckner sind durchweg türkische Kollegen.

Daß in einer Zeit, in der viele türkische Klöckner-Kollegen sich wegen des zunehmend ausländerfeindlichen politischen und sozialen Klimas im Zuge der Abfindungsaktion für eine Rückkehr in die Türkei entscheiden, die Schmelzer sich mutig gegen Arbeitsplatzvernichtung, Leistungsverdichtung und Ausländerverdrängungspolitik des Hüttenvorstandes zur Wehr setzen — nicht zuletzt darin liegt die besondere Bedeutung dieser Aktion.

★★★

Bau - Steine - Erden/Papierindustrie

Lohntarifabschlüsse

Für die knapp eine Million Bauarbeiter wurde eine Lohnerhöhung von 3,3 Prozent vereinbart. Noch wenige Tage vor dem Abschluß hatte die IG-BSE-Führung getönt, man werde auf keinen Fall unter 3,5 Prozent abschließen.

Wenigstens nicht vereinbart wurde die von den Unternehmern geforderte Einführung der „Sommerarbeitszeit“. Die Unternehmer hatten aus reichlich durchsichtigen Gründen gefordert, daß die Arbeitswoche in den Sommermonaten 42 Stunden betragen solle und in den Wintermonaten 38 Stunden.

Obwohl es dazu nicht gekommen ist, bieten die Verlautbarungen von Seiten der Unternehmer und der IG-BSE-Führung in Sachen Arbeitszeit wenig Grund zur Freude: vereinbart wurde, daß in den kommenden Monaten Verhandlungen über eine Vorruhestandsregelung aufgenommen werden. Die IG-BSE-Führung hat den Unternehmern bereits versprochen, beim Zustandekommen einer Vorruhestandsregelung die 40-Stunden-Woche bis 1988 festzuschreiben.

Ein neuer Lohntarif wurde auch in der Papierindustrie abgeschlossen. Die Löhne und Gehälter werden um 3,4 Prozent erhöht. Dasselbe gilt für die Ausbildungsvergütungen.

Die IG Druck & Papier meint zu dem Abschluß: „... daß das Erreichte sicher keinen Anlaß zu großer Zufriedenheit bietet. (...) Andererseits gilt es zu sehen, daß es gelungen ist, die Unternehmer von ihrem Vorhaben abzubringen, uns einen Abschluß zuzumuten, der unter dem des Vorjahres liegen sollte.“ Ohne derartige „Unternehmer-Zumutungen“ sind solche Abschlüsse wirklich nicht zu begründen.

★★★

Blüms Vorruhestandsregelung passiert den Bundestag

Mit 265 Stimmen gegen 192 Stimmen von SPD und Grünen wurde der Blümsche Gesetzentwurf zum Vorruhestand im Bundestag verabschiedet. Das Gesetz, dem der Bundesrat auf seiner nächsten Sitzung noch zustimmen muß, sieht nun im einzelnen vor:

Die Bundesanstalt für Arbeit wird — befristet bis Ende 1988 — jenen Unternehmern, die freiwillig ausscheidenden Arbeitern und Angestellten 65 Prozent des letzten Bruttolohnes sowie die darauf entfallenden Beitragsanteile zur Renten- und Krankenversicherung zahlen, einen Zuschuß zahlen. Der Zuschuß vom Arbeitsamt wird nur gezahlt, wenn der freiwerdende Arbeitsplatz wieder besetzt wird. Tarifvertraglich muß zudem vereinbart werden, daß Unternehmer nicht gezwungen werden können, an mehr als 5 Prozent der bei ihnen Beschäftigten Vorruhestandsgeld zu zahlen (Überlastklausel).

Gleichzeitig wurden die Bedingungen für die sogenannte 59er Regelung (59jährige werden einJahr in die Arbeitslosigkeit und dann in Rente geschickt) eingeschränkt.

Einmal abgesehen davon, daß die Blümsche Vorruhestandsregelung vor allem als Kampfmaßnahme gegen die 35-Stunden-Woche gedacht ist. Wieviel Kollegen können es sich leisten, bei 65 Prozent des Bruttolohnes in Rente zu gehen? Wenn die Arbeitsämter nur noch mit 35 Prozent bezuschussen, werden auch die Unternehmer nicht gerade zur exzessiven Ausnutzung dieses Gesetzes neigen. Beides zusammen wird dazu führen, daß die als Maßnahme zur Senkung der Arbeitslosigkeit angekündigte Vorruhestandsregelung nahezu beschäftigungsunwirksam bleibt.

Mühlmeister & Johler/Hamburg

Fortschrittlicher Betriebsrat soll ausgeschaltet werden

„Auf der Basis des Rechts kann ich hier jeden Scheiß erzählen", Zitat Rechtsanwalt Köpp vom Arbeitgeberverband der Druckindustrie Nord e.V. während einer Verhandlungspause im Arbeitsgericht Hamburg. Es geht um die Amtsenthebung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden C. Barkowsky.

Ende des letzten Jahres beschließen die mittelgroßen Druckereien Mühlmeister & Johler und H.O. Persiehl die Reproabteilungen ihrer Unternehmen auszugliedern, zusammenzuschließen und ein selbständiges Reprounternehmen daraus zu machen. Ziel ist größere Rentabilität, da sich diese Repro am „freien" Markt bewähren muß. Das geht nur auf Kosten der Kollegen. Mehr Leistung, um durch höhere Produktivität mehr Aufträge zu schaffen, Überstunden und Wochenendarbeit, Schicht am Scanner, um auch eilige Wünsche der Kunden sofort zu erfüllen. Eine „Power"-Repro also, wie es schon so viele gibt.

Am 13.1. wird der Betriebsrat der Firma Mühlmeister & Johler informiert. Vor vollendete Tatsachen gestellt. Er kann das Projekt nicht mehr verhindern. Höchstens die Nachteile für die Betroffenen versuchen abzumildern. Der Chef meint, der Betriebsrat möge die Angelegenheit vertraulich behandeln, damit er der erste sei, der „seine Mitarbeiter" informiere. Der Betriebsrat bespricht, sich schleunigst an den Betriebsrat von H.O. Persiehl zu wenden, um über die negativen Folgen für die Belegschaften zu sprechen, Überlegungen für einen Sozialplan anzustellen. Am Wochenende darauf trifft der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende C. Barkowsky auf einer Gewerkschaftsschulung den Betriebsratsvorsitzenden von H.O. Persiehl. Sie unterhalten sich darüber. Ein Betriebsratskollege von Mühlmeister & Johler erfährt unter anderem, daß der Betriebsratskollege von H.O. Persiehl die Sache schon seit vor Weihnachten von seinem Chef erfahren hat. Durch einen dummen Zufall kommt es raus, daß C. Barkowsky über die Angelegenheit am Wochenende mit dem Betriebsratsvorsitzenden von H.O. Persiehl gesprochen hat. Zu einem Zeitpunkt, als Johler seine „lieben Mitarbeiter" noch nicht informiert hatte.

Johler sieht sofort die Chance, einen unbequemen Betriebsrat loszuwerden: In 99 Prozent aller Fälle weiß ich, daß Sie alles zur Gewerkschaft tragen und kann es Ihnen nicht beweisen. Jetzt kann ich Sie endlich festnageln.

Er beantragt postwendend die „fristlose" Kündigung des Kollegen Barkowsky wegen Verstoßes gegen seine Treuepflicht als Arbeitnehmer. Der Betriebsrat lehnt das einstimmig ab. Daraufhin geht er zum Arbeitsgericht, um sich die Zustimmung zu dieser Kündigung ersetzen zu lassen. Darüber hinaus beantragt er die Amtsenthebung aus dem Betriebsrat wegen grober Amtspflichtverletzung: Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht. Es geht ihm nicht nur um den Rausschmiß eines Betriebsrats, der ihm seit langem schwer auf dem Magen liegt.

Am 11.4. sind Neuwahlen des Betriebsrates. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß der Kollege neuer Betriebsratsvorsitzender wird, weil der alte in der Repro arbeitet, also mit in das neugegründete Unternehmen gehen wird. Wir sind mitten in der Tarifauseinandersetzung um eine neue Lohnstruktur, die die Effektivlöhne besser absichern soll und die diskriminierenden Frauenlöhne abschaffen soll. Die 35-Stunden-Woche ist angesagt. In dieser Situation einen Betriebsrat schaffen. Das schüchtert die Kollegen ein, verbreitet Resignation.

Dieser Wunsch reiht sich auch ein in den Betriebsratswahlkampf, den die Druckereibesitzer und Verleger in Hamburg führen. Abmachungen und Rausschmisse von Betriebsratsvorsitzenden, vor allem in den größeren Zeitungs- und Zeitschriftenbetrieben zweite Listen, Spalterlisten des Kapitals gegen die „gewerkschaftshörigen" Betriebsräte, die die eigenen Betriebe durch Verwirklichung der Funktionärsforderung von der 35-Stunden-Woche kaputtmachen wollen.

Aber es geht in diesem Fall noch um mehr. Der Angriff richtet sich gegen die gewerkschaftliche Betriebsratsarbeit überhaupt. Der Betriebsrat wird bei dieser Betriebsänderung, die schwerwiegende Nachteile für die Betroffenen hat, vor vollendete Tatsachen gestellt. Und es wird noch versucht, ihm einen Maulkorb umzuhängen. Allein betriebliche Gegenwehr hat kaum Aussicht auf Erfolg. Also Einschalten aller Betroffenen über die Gewerkschaft, über den Betriebsrat, der auch betroffen ist. Und zwar zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Das will Johler unterbinden, damit dem Betriebsrat seinen gewerkschaftlichen Handlungsspielraum nehmen, ihn praktisch wehrlos machen.

Womit sicher weder er noch der Arbeitgeberverband gerechnet haben: Die große gewerkschaftliche Anteilnahme und Solidarität. Die Betriebsräte und Vertrauenskörper aller Hamburger Großbetriebe, mehrere Mittelbetriebe und gewerkschaftliche Gremien schicken Solidaritätsschreiben an den Betriebsrat und die Belegschaft von Mühlmeister & Johler, Protestschreiben an Johler und seinen Arbeitgeberverband.

Als am 15.3. die Amtsenthebung verhandelt wird, ist der außergewöhnlich große Zuschauerraum voll von aktiven Gewerkschaftern, Vertrauensleuten und Betriebsräten, die sich zum Teil sogar von der Arbeit freigestellt haben unter Bezahlung ihres Lohnes.

Am interessantesten beim Prozeß selbst ist die Auseinandersetzung in der Verhandlungspause auf dem Flur zwischen dem Arbeitgeberanwalt Köpp und den Gewerkschaftskollegen. Köpp, seiner Sache selbst nicht sicher, läßt sich zu Äußerungen provozieren, die er sicher schon bereut hat. Erst versucht er die Wogen zu glätten, indem er darauf hinweist, daß es sich ja nur um eine juristische Auseinandersetzung handelt. Ein Kollege zeigt dagegen den Klassencharakter auf. Während Johler mit seiner Familie in den Schweizer Alpen zum Skiurlaub gefahren ist, soll durch solche Prozesse der Arbeitsplatz, damit die Existenzgrundlage eines Kollegen und seiner Familie vernichtet werden. Denn falls Johler gewänne, gäbe es in Hamburg keinen Arbeitsplatz mehr für den Drucker C. Barkowsky. Köpp wird unsicherer: Ich habe einen Mandanten zu vertreten, egal was sich von der Politik der Geschäftsleitung halte. Stellen Sie sich vor, ich müßte einen Mörder vertreten ... nicht daß ich sagen wollte, Herr Johler wäre ein Mörder. Und auf die hergeholten Sachen der Geschäftsleitung bei diesem Prozeß angesprochen: Auf der Basis des Rechts kann ich hier jeden Scheiß erzählen. Der da (gemeint ist der Arbeitsrichter) hat ja zu entscheiden." Aha. Mehr wollten wir eigentlich gar nicht wissen.

Das Urteil wird am 15.3. noch nicht gefällt. Erst am 30.3. Eine schriftliche Begründung fehlt zwar noch. Aber soviel ist klar: Der Versuch der Amtsenthebung ist gescheitert. Damit hat Johler im Kündigungsprozeß kaum Chancen.

Aus: „Staphylococcus", Informationen der KPD für das Klinikum Karlsruhe

600 000 Mark Kosten für 248 Arbeitslose mehr

Vom 2. Mai 83 bis zum 8. Februar 84 recherchierte das Privatunternehmen Ernst & Whinney wegen der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung. Viele von uns werden sich noch an die Herren in Anzug und Schlips erinnern, die da mal kurz auf Stationen erschienen oder in einem Funktionsbereich im Klinikum, nach Beendigung des Tagesprogramms und sich dort die leeren Säle zeigen ließen. Die hier und da mal eine (ab und zu) dämliche Frage stellten und ansonsten meist stumm und fast unbeteiligt wirkend ihrer Aufgabe nachgingen. Außerdem wühlten sich dieselben Herren durch „Tonnen" von Papier und Unterlagen in der Klinikverwaltung und im Rathaus.

Kurze Erinnerung, wie es überhaupt zu dieser Wirtschaftlichkeitsüberprüfung kam. Grund waren die gescheiterten Pflegesatzverhandlungen aus dem Jahr 1981/82. Die Krankenkassen nahmen von ihrem Recht Gebrauch und verlangten eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung, welche dann vom Regierungspräsidium an Ernst & Whinney vergeben wurde. Wir vom Staphylococcus möchten an diesem Punkt zur umfassenderen Information auch die Stellung der Stadt Karlsruhe beleuchten, weil diese sich jetzt gerne hinter den Krankenkassen oder eben dieser Firme E & W als Buhmann verschanzen möchte.

Es ist doch politisch 1982 auf dem Gemeinde- und Städtetag die Einsparung und Streichung von Leistungen im kommunalen Sektor beraten worden. Was sich in Karlsruhe in der „Aufgabenkritik" von Ex-Bürgermeister Rehberger niedergeschlagen hat. Dieses Papier fordert die einzelnen Dienststellen auf, Überlegungen anzustellen, in welchen Bereichen Leistungsarten geändert, eingeschränkt oder ganz wegfallen können.

So besehen, liegen unserer Meinung nach die Ergebnisse von Ernst & Whinney und Einsparungsabsichten der Stadt nicht mehr ganz so weit auseinander. Sechshunderttausend Deutsche Mark steckt E & W ein, für einen Bericht, der uns Beschäftigte nur als Kostenfaktor behandelt. Der 247,8 (,8 — sind wir Beschäftigte Sachgüter, die sich teilen lassen?), von uns als zuviel, als einsparbar ausweist. Das wird als Gerücht bezeichnet, unter anderem von der CDU-Postille und Hofberichterstatter des Rathauses, der BNN (10.3.84).

Für bestimmte Bereiche und Stationen werden konkrete Zahlen im Vorbericht genannt. Dementiert werden die nicht, von keiner Seite!

Nun ist dieser Vorbericht zur Geheimsache erklärt worden. Im Vertrag zwischen E & W und Regierungspräsidium wurde festgelegt, daß keine Informationen an „Dritte" weitergegeben werden dürfen. Durch Druck, nicht zuletzt von Seiten der ÖTV, wird dieser Bericht nun auch an den Personalrat gehen. Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet werden mit Beteiligung von Stadtkämmerei, Rechtsreferat, Rechnungsprüfungsamt (!) und unter Mitwirkung des Personalrates, d.h. ausgewählte Mitglieder des Personalratsgremiums. Dort soll das 331-Seiten-Machwerk überprüft, eventuelle Fehler aufgedeckt und an E & W zur Erstellung des Zwischenberichtes, der dann veröffentlicht werden soll, zurückgesandt werden. Der Abschlußbericht wird darauf folgen. Es gibt einige Kolleginnen und Kollegen, die darauf Hoffnung setzen, die glauben, daß nicht alles so heiß gegessen wird, wie gekocht.

Wenn der Abschlußbericht vorliegen wird, stehen wir Beschäftigte vor vollendeten Tatsachen. Der Personalrat hat sich per Abstimmung verpflichtet, den Vorbericht nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, als Preis für die Mitwirkung an der Erstellung des Zwischenberichts.

Personalrat als Geheimrat, hoffentlich nicht! Es kann nämlich ins Auge gehen, wenn unter Mitwirkung des Personalrates als Alibifunktion des Rathauses zwar die gröbsten Einsparvorschläge weggelassen werden, aber dennoch ein Stellenabbau nicht vom Tisch sein wird.

Der Dienststellenleiter des Klinikums, unser Herr Common, hat den Bericht als „insgesamt fragwürdig und bedenklich" bezeichnet. Ähnlich geben sich die Stadträte (BNN 16.3.84). Da tun welche überrascht und erschrocken. Wollen die uns weismachen, daß 600000 Mark nur so zur Beschäftigungstherapie rausgeworfen waren? An dieser Stelle sei noch einmal an o.g. Aufgabenkritik erinnert, ferner an das öffentlich propagierte vermindern, „Anspruchsdenken", Parolen, wie „weniger Staat" und die allgemeine Wendepolitik im Zeichen der Wunschregierung des Kapitals, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn.

Umgesetzt werden sollen die Stellenstreichungen auf die „weiche" Art. Laut Prof. Dr. Seiler sollen freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt werden. Unser Herr Common sagt dazu: „Im Rahmen der Fluktuation wird eingespart." Das ist wohl als genügend Beweis anzusehen, daß wir in Zukunft mit weniger Personal das gleiche leisten müssen, Rationalisierung im Krankenhaus. Von „Gerüchten" kann hier keine Rede sein.

Durchblick auf Hoechst/Frankfurt

Arbeitsplatzgefahr

Wie im Januar in der Presse zu lesen war, drohen neue Arbeitsplatzargumente. Hoechst und eine Tochter des kuwaitischen Aktionärs Kuwait Petroleum haben eine Absichtserklärung für die „Zusammenarbeit" bei Herstellung und Vertrieb von Ammoniak und Düngemitteln unterzeichnet. Wie diese „Zusammenarbeit" aussehen wird, läßt sich leicht voraussagen. In Kuwait wird Ammoniak und Düngemittel erzeugt, das durch Hoechst in Europa vertrieben wird. Die Großaktionäre werden ihre Interessen gewahrt sehen, da die durch die Energie zum Null-Tarif in Kuwait billig erzeugten Düngemittel ordentliche Gewinne versprechen.

Was die Kollegen betrifft, die hier im Düngebereich arbeiten, wird das ganz andere Konsequenzen haben. Wir erinnern an die Tatsache des Betriebsrates der „Durchschaubaren" bei der letzten Betriebsversammlung. Er hat darauf hingewiesen, daß die Anlagen im Düngerbereich total veraltet und Neuinvestitionen nicht geplant sind.

In Anbetracht der Tatsache, daß im Werk Hoechst unmittelbar und mittelbar etwa 1000 Arbeitsplätze betroffen sein würden, unsere Forderung:

- **Sofortige Offenlegung der Absichten im Düngebereich durch die Geschäftsleitung!**
- **Information der Betriebsangehörigen!**

Solidarität mit Christoph Gärtner!

Bereits am 15. Februar hat die Geschäftsleitung des Rems-Werkes in Waiblingen dem Kollegen Christoph Gärtner gekündigt. Christoph Gärtner hat in der Firma drei Jahre als Arbeiter gearbeitet, in dieser Zeit den IGM-Vertrauenskörper mit aufgebaut und war bis zu seiner Entlassung dessen Vorsitzender.

Der Kündigung war eine Abmahnung vorausgegangen mit der Aufforderung: „Jegliche Art politischer Betätigung im Betrieb sowie abträgliche Äußerungen gegen die Geschäftsleitung oder die Firma und jede andere Störung des Betriebsfriedens zu unterlassen, ebenso private Gespräche während der Arbeitszeit."

In einem offenen Brief des Komitees „Solidarität mit Christoph Gärtner" wird die Kündigung so beurteilt:

„Diese Kündigung mit dem angegebenen Grund ‚wegen betriebsstörendem Verhalten' ist schon formal nicht haltbar, sie ist illegal. Die IG Metall hat deshalb Kündigungsschutzklage erhoben.

Inhaltlich zielt die Kündigung auf die Hauptpunkte gegenwärtiger Gewerkschaftspolitik: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Abbau von Überstunden, Stellungnahme gegen Atomrüstung und Kriegsgefahr.

Hier wird ein Exempel statuiert zur Einschüchterung aller Arbeitnehmer unter Ausnutzung der heutigen Massenarbeitslosigkeit."

Das Solidaritätskomitee sieht einen weiteren Grund für das Vorgehen der Geschäftsleitung gegen den Kollegen Gärtner darin, daß sie die Kandidatur von Christoph bei den Betriebsratswahlen verhindern wollte.

Die Geschäftsleitung äußerte gegenüber der Presse auch politisch-hintergründiges zur Entlassung des VK-Vorsitzenden: Christoph Gärtner sei ein „engagiertes Mitglied der MLPD", die sich die „Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung" zum Ziel gesetzt habe.

Der Kreisverband Rems-Murr der KPD hat sich mit Christoph solidarisiert. Die Kündigung von Christoph muß zurückgenommen, seine Wiedereinstellung durchgesetzt werden. Das Solidaritätskomitee hat folgende Kontaktadresse: Ernst von der Heyden, 7050 Waiblingen, Am Kätzenbach 117

HDW-Vertrauensmann entlassen

Maßregelung wegen Betriebsbesetzung

Am 31. März hat Holger Geißelbrecht, IGM-Vertrauensmann auf HDW-Hamburg, nach dem Willen der Konzernleitung seine letzte Schicht gefahren. Die Konzernleitung gibt betriebsbedingte Gründe für die Kündigung an. Das ist mehr als fadenscheinig. H. Geißelbrecht gehörte zu den Aktivisten der Werftbesetzung.

Entsprechen auch die Stellungnahme der Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall: „Wir halten diese Einzelkündigung für eine nachträgliche Maßnahme gegen einen aktiven Gewerkschafter nach der HDW-Besetzung".

Holger Geißelbrecht, der Mitglied des Hamburger Bezirksvorstandes der DKP ist, hat mit Unterstützung der IG Metall Kündigungsschutzklage erhoben. Er kandidiert zu den Betriebsratswahlen, die in Kürze auf der Werft stattfinden werden.

Dieser Racheakt der Werftleitung an einen aktiven Gewerkschafter wegen der Werftbesetzung kann nicht hingenommen werden. Wir fordern die Rücknahme der Kündigung. Solidaritätsschreiben an: IGM-Vertrauensleuteleitung bei HDW, Roßweg 20, 2000 Hamburg 11.

Siemens/Witten

Vereinigte Belegschaftsliste erreicht Mehrheit

52 Prozent der Stimmen erreichte die Vereinigte Belegschaftsliste im Arbeiterbereich bei den Betriebsratswahlen bei Siemens/Witten. Die sogenannte IG-Metall-Liste kam auf knapp 33 Prozent der Stimmen und damit auf vier Sitze. Von den drei Angestelltenvertretern im neuen Betriebsrat gilt einer als der Vereinigten Belegschaftsliste nahestehend.

Erklärtes Ziel der Vereinigten Belegschaftsliste war, die Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat so zu ändern, daß der bisherige Betriebsratsvorsitzende Rein, der sich samt seiner Clique ausreichend als Handlanger von Siemens erwiesen hat, endlich aus der Führung des Betriebsrates gedrängt werden kann. Das scheint mit diesem Wahlergebnis tatsächlich erreichbar zu sein, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse im Wittener Siemens-Betriebsrat weiterhin sehr knapp sein werden.

Daß die IG Metall in diesem nach Thyssen größten Wittener Metallbetrieb auf 33 Prozent heruntergewirtschaftet wurde, liegt daran, daß die Ortsverwaltung gegen fortschrittliche Gewerkschaftler/innen durchsetzte, daß Rein und andere offene Reaktionäre auf die IGM-Liste kamen. Die sogenannte IGM-Liste repräsentierte so in keiner Weise die aktiven Metaller. Darauf geht die Vereinigte Belegschaftsliste in einer Wahlkampf-Information ein:

„Die Kandidaten, die heute als IGM-Liste auftreten, tun so, als seien sie die einzigen IG-Metaller im ganzen Betrieb und hätten die Gewerkschaft für sich gepachtet. Wir halten es deshalb für notwendig, euch ein paar Tatsachen in Erinnerung zu rufen.

• Auf der IGM-Liste kandidieren lediglich 7 IGM-Betriebsräte und 5 weitere Vertrauensleute (von 43).

• Auf der ‚Vereinigten Belegschaftsliste' kandidieren ebenfalls 7 IGM-Betriebsräte und 5 weitere IGM-Vertrauensleute. Darunter 3 Mitglieder der alten VKL, die die letzten 2 Jahre die Gewerkschaftsarbeit in diesem Betrieb geleistet haben.

• Die Mitgliederversammlung der IGM bei Siemens hat 7 Vertreter für das höchste Gremium der IGM in Witten gewählt. Unter diesen 7 sind 6(!) Kandidaten der ‚Vereinigten Belegschaftsliste' und nur ein (!) Kandidat der IGM-Liste."

Die vielbeschworenen „Träger der gewerkschaftlichen Kraft" stehen bei Siemens/Witten überwiegend auf der Vereinigten Belegschaftsliste oder sind ihr eng verbunden. Mindestens das sollte die Ortsverwaltung der IGM möglichst schnell begreifen.

Arbeitsplatzvernichtung, Leistungsverdichtung, der Kampf für die 35-Stunden-Woche — wenn der Wittener Ortsverwaltung der IG Metall ein ernsthaftes Interesse daran hat, daß die Siemens-Belegschaft in diesen Fragen einheitlich und geschlossen kämpft, täte sie gut daran, ihr spalterisches Vorgehen gegen die aktiven und fortschrittlichen Gewerkschafter/innen in diesem Betrieb endlich aufzugeben.

Aus: „Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD für Siemens/Witten

Siemens fördert Spalterlisten...

... getreu den Ratschlägen von „impulse", (Unternehmerzeitung): „Suchen Sie selbst geeignete Kandidaten. Ermutigen Sie diese Mitarbeiter, sich zur Wahl zu stellen. Und weisen Sie darauf hin, **dies schade keinesfalls der Karriere...**

Im Siemens-Konzern nennen sich diese Gruppierungen „Aktionsgemeinschaft unabhängige Betriebsangehörige", und sind von wer weiß was ‚unabhängig', aber ganz bestimmt nicht von der Firma Siemens, denn von der wurden sie ja gerade aus der Taufe gehoben.

Bisher wurden diese Aktivitäten klammheimlich hinter verschlossenen Türen betrieben. Jetzt ist es peinlicherweise bekanntgeworden, weil sich vier Vorstandsherren gegenüber der Konzernleitung damit schriftlich brüsten:

„Gerade beim Betriebsrat Bremen ist es dem Vorstand gelungen, durch Motivation qualifizierter Mitarbeiter eine bessere Ausgewogenheit im Verhältnis unabhängiger zu organisierten Mitgliedern zu erreichen." Und was den Bremern recht ist, das ist den Wittenern billig. Auch hier ist man, bitte schön/unabhängig —, sogar zweimal. Es gibt die „Unabhängigen Angestellten" und dann noch die „Unabhängige Wählergemeinschaft" für die Arbeiter, damit jeder seine eigenen Unabhängigen hat.

Wie auch immer: Egal wie, wann, wo und von wem —, man weiß, was man von diesen „unabhängigen" Arbeitgeberbetriebsräten zu halten hat. Oder.

Betriebsratswahlen Opel/Bochum

Verluste für die linke Opposition

Bei Opel/Bochum konnte die IGM-Liste im Arbeiterbereich ihre Position von 23 auf 25 Sitze leicht ausbauen. Der Betriebsratsvorsitzende Perschke und sein Stellvertreter Rolf Breuer (beide IG Metall) werden also weiterhin unangefochten im Amt bleiben. Erhebliche Verluste mußte die Gruppe fortschrittlicher Gewerkschafter hinnehmen.

Die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter (GOG) ist seit Jahren im Bochumer Opel-Betriebsrat vertreten. Ihren größten Erfolg erzielte sie 1978, als sie 12 Sitze im Betriebsrat erringen konnte. Bei der Wahl 1981 erreichte sie noch sieben Sitze. Jetzt erreichte sie noch drei Sitze.

Die Liste Aktive Metaller, die man vielleicht als ‚linkssozialdemokratisch' einordnen könnte, konnte sich von zwei auf drei Sitze steigern. Das ist offensichtlich auf gute gewerkschaftliche Arbeit in einigen Werksteilen zurückzuführen.

Eine türkisch-religiöse Liste errang relativ überraschend zwei Sitze. Erfreulich ist, daß der CMV wiederum nur einen Sitz erreichen konnte. Nicht nur die CMV-Leute selbst hatten vor der Wahl mit einer erheblichen Steigerung ihres Einflusses im neuen Betriebsrat gerechnet. Bei den Angestellten holte die IGM drei Mandate und die DAG zwei. Nach Sitzen entspricht das dem Ergebnis von 1981. Die IGM-Liste konnte aber ihr Stimmenergebnis gegenüber 1981 im Angestelltenbereich erheblich steigern.

Betriebsratswahlen bei Ford in Köln-Niehl:

Leichte Gewinne für oppositionelle Listen

Die offiziellen IGM-Listen haben nach der Wahl 1984 26 von 42 Mandaten errungen (1981: 28). Eine oppositionelle Liste bei den Arbeitern, die „Metallerliste", bekam 2 Mandate (1981: 1). Neu ist, daß es auch bei den Angestellten eine oppositionelle Liste gab. Sie bekam 3 Mandate. Alle drei waren bisher Betriebsräte der IGM. Zwei Sitze bekam die DAG und zwei Mandate bekamen zwei rein türkisch orientierte Listen.

Die „Automobilarbeiterliste" mit zwei ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden an der Spitze errang wie vor drei Jahren sechs Sitze. Diese Liste, die mangels Programm und wegen mangelnder Gewerkschaftsarbeit keine echte Opposition ist, zieht dennoch viele oppositionelle Kollegen an sich und demgemäß auch Stimmen aus dieser Richtung.

Insgesamt kandidierten bei Arbeitern und Angestellten (getrennte Wahl) zusammen 18 Listen. Zehn davon bekamen kein Mandat. Dabei handelt es sich um die Liste des CMV (Christlicher Metallarbeiterverband), die vorher einen Sitz hatte, sowie um neun rein türkisch orientierte Listen (allesamt rechte, religiöse oder reine Pöstchenjäger).

Warum so viele Listen?

Bei der letzten Wahl kandidierten zwei rein türkische Listen, eine religiöse und eine rechts stehende. Sie bekamen zusammen drei Mandate. Der IGM-Vertrauenskörperleiter Kuckelkorn hatte da nichts Eiligeres zu tun als diese Betriebsräte freizustellen. Egal, daß sie vorher mit Gewerkschaftsarbeit nichts am Hut hatten. Es ging ihm dabei darum, die Spitzenkräfte der „Automobilarbeiterliste" nicht freizustellen. (Bei Ford gibt es laut Betriebsvereinbarung 36 Freistellungen).

Natürlich dachten jetzt einige Kollegen, daß es einfach sei, für drei Jahre einen bequemen Job zu bekommen. Man muß nur 100 Unterschriften sammeln und kandidieren. Deshalb so viele Listen. Heute hat die IGM-Liste von den vielen Listen profitiert. Einmal stiftete das bei den Kollegen Verwirrung, zum anderen profitiert durch das Wahlverfahren die jeweils stärkste Liste. So hat die IGM-Liste, obwohl sie prozentual weniger Stimmen erhielt, im Arbeiterbereich doch zwei Plätze gewonnen.

Das Programm der Metallerliste

Die „Metallerliste" ist gestellt von einer Kollegengruppe, die seit 1981 besteht. Ein Teil dieser Gruppe kandidierte 1981 unter dem Namen „Arbeitereinheit". Damals wurde ein Kollege gewählt. Er bekam eine Freistellung als einer von vier Hallenbetriebsräten in der Y-Halle (Endmontage). Bald vergrößerte sich die Gruppe und gibt seit ca. zehn Monaten — mehr oder weniger regelmäßig — eine Betriebszeitung mit dem Namen „Ford-Spiegel" heraus. So kam es, daß auf dieser Liste 22 Kolleginnen und Kollegen kandidierten. Natürlich gibt es noch weitere Unterstützer dieser Gruppe.

Das Ergebnis im einzelnen

In der Y-Halle bekam die „Metallerliste" die meisten Stimmen. In dieser Halle war Antonio Giusto Betriebsrat. Dieser Kollege arbeitete drei Jahre lang gegen zwei Fronten. Einerseits gegen die Geschäftsleitung, aber leider auch gegen drei IGM-Betriebsräte und ca. zehn freigestellte Nichtbetriebsräte der IGM-Liste — (ja, das gibt es bei Ford).

Hinzu komt, daß die meisten Kandidaten und Unterstützer der „Metallerliste" auch in dieser Halle ein überdurchschnittliches Ergebnis hatte: 536 Stimmen = 17,8 Prozent, (vor drei Jahren: 7,1 Prozent). Gleichzeitig sank der Anteil der offiziellen IGM-Liste auf 38,9 Prozent, (1981: 45,8 Prozent).

Was kann deutlicher zeigen als dieses Ergebnis, daß der konsequente Kampf im Betriebsrat und in der Halle, den der Betriebsrat Antonio Giusto und die Kollegen geführt haben, Rückhalt unter den Kollegen hat und Unterstützung gewinnen kann? Man muß annehmen, daß in den meisten anderen Hallen die Arbeit der Gruppe einfach nur nicht so bekannt ist.

Die Situation bei Ford

In der Plattform der Gruppe wird kurz dargestellt, wie die Situation bei Ford aussieht:

„1979 gab es bei Ford in Köln-Niehl knapp 24000 Arbeiter. Sie stellten pro Tag 1300 Fahrzeuge her. 1984 gibt es bei Ford in Köln-Niehl weniger als 18000 Arbeiter. Sie stellen pro Tag nicht nur 1100 Fahrzeuge her, sondern darüberhinaus eine Reihe von Produkten (Motoren, Getriebe) für andere Ford-Standorte.



1973: Ford-Arbeiter im Streik für Teuerungszulage

Ende dieses Jahres, wenn der Granada-Nachfolger Scorpio (DE-1) auf Band gelegt wird, soll Ford-Köln das modernste europäische Ford-Werk sein. Die Folgen gehen zu Lasten der Fordarbeiter: Schon jetzt spürt man allenthalben die verschärfte Arbeitshetze. Der massenhafte Einsatz von Automaten gefährdet tausende Arbeitsplätze.

Wer sich das ganze Ausmaß der Automatisierung noch nicht vorstellen kann, der sollte mal einen Gang durch die Hallen FK (Preßwerk und Rohbau) und X machen (Rohbau). Wieviel Arbeitsplätze dieser Automatisierungsfeldzug kosten kann, wenn die Kollegen, der Vertrauensleutekörper der IG Metall und der Betriebsrat nicht massiv gegen die die Auswirkungen dieser Maßnahmen ankämpfen, kann man dann erahnen."

In der Betriebszeitung der Gruppe „Ford-Spiegel" wurde auch ein Artikel unter dem Titel: „Was für Betriebsräte brauchen wir" veröffentlicht. Allein die Überschriften aus diesem Artikel machen in Kurzform klar, was die Gruppe will: Da heißt es: **Wir brauchen Betriebsräte, die unsere Probleme kennen, die uns informieren, die uns unterstützen, die aktive Gewerkschafter sind, wir brauchen kämpferische Betriebsräte.**

Die Politik der IGM-Liste

Die Politik der Betriebsratsmehrheit wurde in der Plattform der Gruppe folgendermaßen kritisiert:

„Die bisherige Praxis der Interessenvertretung bei Ford-Niehl aber ist auf Kapitulation ausgerichtet. Ähnlich wie Urvölker mit Opfern versuchten, ‚ihre Götter' gnädig zu stimmen, sieht die Mehrheit des Betriebsrates ihr Heil in der Anbiederung an die Geschäftsleitung. Genau wie die Geschäftsleitung beschwört sie die „internationale Konkurrenzfähigkeit'. Arbeitsplatzvernichtung, ein ‚kleines, modernes Werk' werden durchaus akzeptiert.

Positive Maßnahmen wie Abschaffung der Clockpflicht, Arbeitskleidung, freiwillige Verdienstabsicherung bei Umsetzungen, wurden dadurch erkauft, daß man nichts unternahm gegen Kurzarbeit, Versetzungen, Arbeitshetze, Arbeitsplatzvernichtung usw.

Diese Politik der „Sozialpartnerschaft' macht die Belegschaft wehrlos gegen die ständigen Angriffe der Geschäftsleitung auf ihre Interessen.

Der Leitspruch von Arbeitsdirektor Lehmann: **‚Mit weniger Leuten mehr Autos produzieren'** drückt aber doch deutlich genug aus, was diese Herren unter ‚sozial' und ‚partnerschaft- verstehen.

Der Ford-Belegschaft bleibt nur eine wirksame Möglichkeit: Die Politik von Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung muß sich grundlegend ändern. Nie wieder darf wie 1980 eine Massenarbeitsplatzvernichtung kampflos über die Bühne gehen. Es muß Schluß sein mit der Akzeptierung von Arbeitshetze und massenhaften Überstunden. Zur Sicherung der Facharbeiterplätze muß der Forderung der Geschäftsleitung nach Fremdfirmenarbeit und Leihkräften entgegengetreten werden.

Durch geschicktes Verhandeln und Taktieren ist überhaupt nichts zu erreichen, wenn nicht folgendes gelingt: Ein solidarischer und gemeinsamer Kampf aller Arbeiter und Angestellten, aller deutschen und ausländischen Kollegen, aller Frauen und Männer für sichere und bessere Arbeitsplätze, die Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit.

8 Wochen vor der Betriebsratswahl begann die VK-Leitung, sogenannte Infos herauszugeben. Sie strotzten vor Sozialpartnerschaft mit Sorgen um Modellpolitik und Ratschlägen an die Kollegen: Sie müßten sich daran gewöhnen, öfter versetzt zu werden. Auch Hetze und Konkurrenz gegen Ford-Kollegen in ausländischen Werken gehören zur Standardpolitik von VK-Leiter Kuckelkorn.

Nur eins gehört nicht dazu: Die 35-Stunden-Woche.

Er hat es geschafft, in sieben Infos auf 28 Seiten bedrucktem Papier nicht einmal das Wort 35-Stunden-Woche zu erwähnen!

Offensichtlich waren die betrieblichen Funktionäre der IGM der Meinung, das könnte ihnen schaden.

Die Kollegen der Metallerliste haben dagegen diskutiert, daß es wichtiger ist, für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu werben, selbst wenn es so sein sollte, daß aufgrund der mangelhaften bisherigen Vertrauensleutearbeit zur 35-Stunden-Woche die Propaganda dafür Stimmen kosten würde. Die Kollegen schrieben in ihrer Plattform:

„Wir sehen es als eine der wichtigsten Aufgaben des Vertrauenskörpers an, den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vorzubereiten. Im Gegensatz zur Praxis der Vertrauenskörperleitung, die die 35-Stunden-Woche nur verschweigt, ist es nötig, alle Kollegen von der Notwendigkeit und dem Nutzen dieser Forderung zu überzeugen. Von dieser wichtigsten gewerkschaftlichen Forderung zu schweigen, kommt einer Sabotage gleich."

180 Ausschlußverfahren

Eine Woche vor Beginn der Betriebsratswahl beschloß die Ortsverwaltung der IGM auf Antrag eines IGM-Betriebsrates bei Ford, gegen alle Kandidaten von sogenannten gegnerischen Listen ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Gegen alle Funktionäre darunter (V-Leute usw.) wurde das Ruhen ihrer Rechte und Pflichten beschlossen. Das heißt, sie würden nicht einmal Streikunterstützung bekommen. Den Ausschlag zu dieser Maßnahme hat sicher die Kandidatur der oppositionellen Angestelltenliste gegeben, die bei den Angestellten zu einer Diskussion über die Betriebsarbeit geführt hat.

Die betroffenen Kollegen werden versuchen, eine möglichst breite Solidarität zu erreichen und darüber die Diskussion über die Gewerkschaftsarbeit zu vertiefen. Denn nach dem Inhalt der Betriebsratsarbeit ist Kuckelkorn und seine Liste mit seiner Sozialpartnerschaftspolitik und seiner Sabotageam Kampf für die 35-Stunden-Woche der eigentliche Gewerkschaftsfeind.

Fazit:

Auch wenn einige Kollegen sich ein besseres Ergebnis erwartet haben: Die oppositionellen Kollegen haben Erfolg gehabt, ihre Arbeit wurde bestätigt. Insbesondere die Wähler der Y-Halle haben gesagt: **Macht weiter so, Kollegen!**

Das kommunale Wahlrecht für Ausländer ...

... fordert ein Gesetzesentwurf der GAL, der jetzt dem Hamburger Senat vorgelegt wurde. Nach dem Gesetzentwurf sollen alle Ausländer, die seit mindestens drei Jahren in der BRD leben, zumindest in Hamburg das Wahlrecht erhalten. In Hamburg haben sich seit 1982 bereits vier Bezirksversammlungen für das kommunale Wahlrecht für Ausländer ausgesprochen. Auch die SPD Hamburg hat bisher mehrmals erklärt, daß sie für eine solche Forderung ist. Taten sind diesen Bekundungen bisher allerdings noch nicht gefolgt. Wenn der Gesetzentwurf der GAL im Senat zur Beratung und Verabschiedung ansteht, wird sich zeigen, wie ernst diese Worte gemeint waren.

Es wäre sicher gut, wenn alle, die für diese Forderung eintreten, Deutsche wie Ausländer, bei ihren jeweiligen Abgeordneten entsprechenden Druck machen würden ...

Aktions-konferenz des „Frankfurter Appells"

Am Wochenende findet, veranstaltet vom Koordinationsbüro „Frankfurter Appell", in Frankfurt eine Aktionskonferenz von Initiativen und Parteien statt, die der von Zimmermann geplanten Verschärfung der Ausländerpolitik entgegentreten wollen.

Neben einer Auswertung der bundesweiten Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit, die vom 10. bis zum 17. März stattfand, steht im Mittelpunkt des Treffens die möglichst genaue Planung des weiteren Widerstandes und die bundesweite Koordinierung. Anfang Juli sollen die Unterschriften, die bisher unter den „Frankfurter Appell" gesammelt wurden, zusammen mit den Unterschriften des „Kölner Appells" und des „Bochumer Appells" in Bonn übergeben werden. Das erfordert in jedem Fall öffentlichkeitswirksame Begleitaktionen.

Zur Diskussion stehen Vorschläge bundesweiter Aktionen gegen die geplante Verschärfung der Ausländergesetzgebung. Da nicht genau bekannt ist, ob der Bundestag noch vor oder erst nach der Sommerpause abschließend darüber beraten wird, besteht auch noch keine Einigkeit über die endgültige zeitliche Festlegung solcher Aktionen.

Die KPD wird dafür eintreten, daß auf jeden Fall bereits vor den Parlamentsferien, also im Juni, bundesweite Aktionen stattfinden. Wir unterstützen den Gedanken eines „Marsches auf Bonn", getragen von zwei Marschsäulen, die sich von Norden und Süden auf die Bundeshauptstadt zubewegen. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten zentral und in verschiedenen Städten mithelfen, das Zustandekommen und die Durchführung eines solchen Marsches sicherzustellen, falls er in Frankfurt beschlossen wird.

Die Aktionskonferenz beginnt am Samstag um 12.00 Uhr und endet Sonntag gegen 16.00 Uhr. Austragungsort ist das **Affentorhaus, 1. Clubraum 2, am Affentorplatz in Frankfurt.**

Ein Bericht über die Konferenz erscheint im nächsten RM.



7 000 gegen Treffen der Waffen-SS in Oberaula

Zweimal hatte sich die Division Totenkopf der Waffen-SS bisher ungestört in Oberaula treffen können. Aber in diesem Jahr nicht. 7000 Demonstranten kamen am letzten Samstag — Oberaula erlebte die erste Demonstration in seiner 1000jährigen Geschichte.

Der kleine Marktplatz von Oberaula kann die Demonstranten gar nicht fassen. Sie stehen in den umliegenden Straßen und lassen sich auch durch Regen- und Hagelschauer nicht beeindrucken. Viele sind empört, daß dieses SS-Treffen trotz der vielen Proteste doch stattfindet und noch dazu in der gemeindeeigenen Mehrzweckhalle. (Die SPD, die im Gemeinderat in der Minderheit ist, hat sich erst einen Tag vor dem Treffen aufgerafft, einen Antrag einzureichen, nach dem in Zukunft keine Gebäude und Grundstücke der Gemeinde mehr für solche Treffen zur Verfügung gestellt werden dürfen.) Ein älterer Demonstrant kann es nicht begreifen, daß man sich in Wiesbaden und in Bonn auf die Versammlungsfreiheit beruft und darauf, daß gesetzliche Verstöße nicht zu erkennen seien. „Warum können die solche Treffen nicht verhindern, sehen die denn nicht, was hier passiert?"

Sie sehen es schon. Es ist ja nicht zu übersehen — weder die alten Nazis, die sich mit dem Segen des Gemeinderats hier versammeln, noch die Neo-Nazis, die sich dadurch offensichtlich ermutigt fühlen und ebenfalls gekommen sind, noch die Polizei, die mit dem Auftrag gekommen ist, die Versammlungsfreiheit der Alt-SSler zu schützen. Sie hätten auch die politische Macht, solche Treffen zu verbieten. Aber sie tun es nicht — jedenfalls solange nicht, wie wir sie nicht dazu zwingen

Für das Verbot aller faschistischen Organisationen!

SS-Treffen müssen verboten werden

Auf der Abschlußkundgebung in Oberaula forderten unter anderem Emil Carlebach von der VVN, Horst Peter, Bundestagsabgeordneter der SPD und der niederländische sozialdemokratische Abgeordnete Vandenberg das gesetzliche Verbot von Zusammenkünften der Waffen-SS, aber auch anderer faschistischer Organisationen.

Wir meinen, gerade die Auseinandersetzung um das Treffen der Waffen-SS in Oberaula hat gezeigt, wie dringend notwendig ein solches Verbot ist. Es hatte Proteste gegen dieses Treffen gegeben noch und noch. Sogar das niederländische Parlament hatte mit nur einer Gegenstimme ein Verbot dieses Treffens gefordert. Aber alle diese Proteste konnten die staatlichen Stellen, die es anging, nicht beeindrucken. Man berief sich darauf, daß eine nicht verbotene Organisation das Recht habe, sich zu versammeln, wann und wo immer sie wolle. Und die 400 SSler konnten unter dem Schutz von 300 Polizisten und einigen Wasserwerfern unbehelligt ihr Treffen durchführen.

Alle, die im Vorfeld des Treffens der Waffen-SS mit bedauerndem Achselzucken erklärt haben, sie würden ja gerne etwas tun, aber die fehlende gesetzliche Handhabe ... Alle sie, gilt es jetzt beim Wort zu nehmen. Die gesetzliche Handhabe muß geschaffen werden, in den Ländern und im Bund. Und in der Auseinandersetzung darum wird sich schon zeigen, wer wirklich etwas gegen diese faschistischen Verbände tun will und für wen die „fehlende gesetzliche Handhabe" nur eine bequeme Ausrede war ...

Nie Faschisten gewesen ...

Gäbe es das Gesetz über die Strafbarkeit jeder Verharmlosung von NS-Verbrechen schon, gegen das sich die CDU/CSU in Bonn so sträubt, so hätte man den Vorstand der Division Totenkopf, der in Oberaula ca. 100 Journalisten eine Pressekonferenz gab, auf der Stelle verhaften müssen. Denn was dort über die Waffen-SS erzählt wurde, war eine einzige Provokation.

Natürlich waren die SSler alle keine Faschisten, auch keine überzeugten Nationalsozialisten. Massenmorde der Totenkopf-Division in der Sowjetunion? Gab es nicht. Es gab nur „Übergriffe". Greueltaten der SS in den KZs? Gab es nicht. Die SS hat die KZs nur von außen bewacht, von innen hat keiner jemals ein KZ gesehen usw. usf. Vor allem aber nutzen die SSler die Pressekonferenz, um sich zu beklagen, daß man sie nicht in Ruhe läßt.

Besonders Kurt Meier, 2. Vorsitzender und Schnapshändler in Mülheim, ist empört über die dauernden Angriffe. Schließlich habe ihm die Stadt Mülheim eine Goldene Medaille für „besondere Verdienste" verliehen! Was allerdings unserer Meinung nach nicht für Meier spricht, sondern gegen die Stadt Mülheim ...



Ein Foto vom 2. April 1943. NS-Reichspropagandaminister Goebbels empfängt eine Abordnung der SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler" und „Totenkopf". Zweiter von links auf dem Foto ist übrigens der spätere HIAG-Funktionär SS-Sturmbannführer Meyer.



Die Idylle trügt. Wer sich nachts am Gartentor des Richters zu schaffen macht, spielt mit seinem Leben ...

Dortmunder Richter richtet Tag und Nacht

Der Mann kam auf ihn zu, da hat er geschossen ...

... in den Rücken!

DORTMUND. — Am Vormittag sprach Richter Peter Raimer (39) aus Dortmund wieder Recht. Wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte er einen 22jährigen zu weit mehr, als der Staatsanwalt gefordert hatte. In der Nacht schon hatte Peter Raimer Rechtsgüter verteidigt, mit einer 32er Browning vom Kaliber 7,65.

Gegen ein Uhr nachts hatte die Frau des Richters Geräusche im Garten gehört. Der Richter ging mit der großkalibrigen Waffe an ein Seitenfenster seines Hauses, sah eine Gestalt und will „Stehenbleiben oder ich schieße" gerufen haben. Dann sei ein Mann auf ihn zugekommen, Richter Peter Raimer drückte ab und traf einen 32jährigen Arbeitslosen aus der Nachbarschaft — in den Rücken!

Daraufhin rief der Richter die Polizei an, die, als sie am Tatort eintraf, den stöhnenden Angeschossenen fand und ihrerseits zunächst einen Notarzt alarmierte — the eine Richter fand das wohl nicht nötig.

Nach ersten Stellungnahmen der Dortmunder Justiz ist eindeutig erwiesen, daß der Richter für diese Waffe keinen Waffenschein besitzt, erste Ermittlungen sollen wegen versuchten „Totschlags" laufen, jetzt ist schon nur noch von „gefährlicher Körperverletzung" die Rede. Das Opfer immerhin ist ja auch außer Lebensgefahr, daß es den Rest des Lebens im Rollstuhl zubringen wird, weil das Projektil seine Wirbelsäule erheblich verletzte — es wird schon selbst Schuld sein.

Nach den ersten Aussagen in der Tatnacht hat der Richter sich jetzt aufs Schweigen verlegt — aber nur in eigener Sache. In Sachen anderer Leute hat er schon am nächsten Tag in drei Fällen „recht" gesprochen. Unter anderem auch in einem Falle von „gefährlicher Körperverletzung" viel härter geurteilt, als der Staatsanwalt forderte ...

Plädoyers und Schlußworte im Kölner Konsulatsbesetzerprozeß

Solidarität mit den angeklagten Revolutionären

Im Prozeß gegen die zehn türkischen und kurdischen Besetzer des türkischen Generalkonsulats in Köln droht allen Angeklagten langjährige Haft und damit auch die Abschiebung in die Türkei. Haftstrafen zwischen 9 und 6 Jahren hat die Staatsanwaltschaft wegen gemeinschaftlicher Geiselnahme gefordert. Alle Anwälte haben Freispruch beantragt.

Zur Besetzung des Konsulats war es am 3.11.1982 gekommen. Dabei war niemand zu Schaden gekommen. Die Besetzer hatten schließlich das Konsulat geräumt, ohne daß ihre Forderungen erfüllt worden waren. Die Besetzer kamen in Haft. Es wurde — von entsprechenden Pressekommentaren begleitet — ein Prozeß angesteuert, der nur ein Ziel hatte: die Abrechnung mit dem politischen Gegner. Nicht umsonst hatte man sofort nach der Aktion die Organisation, die sich dafür verantwortlich erklärte, verboten.

Widerstand, den man rückblickend (weil es sich besser macht) für die Zeit des Hitler-Faschismus beispielsweise jedes Jahr am 20. Juli öffentlich feiert, bekämpfen deutsche Gerichte, wenn es um den Faschismus in der Türkei geht. Aber ist das verwunderlich, wenn man bedenkt, daß bundesdeutsches Geld und Waffen ihm an die Macht geholfen haben, daß bundesdeutsche Firmen feste an ihm verdienen?

Einige Anwälte wiesen in ihren Plädoyers darauf hin. Alle forderten, daß angesichts der Verhältnisse in der Türkei auch eine solche Form des Widerstandes, wie sie die Angeklagten gewählt hätten, sie voll gerechtfertigt sei. Und wie diese Verhältnisse auch heute noch sind, zeigt z.B. der Bericht des Angeklagten Ibrahim Cetin darüber, wie es seiner Familie in der Türkei nach seiner Verhaftung hier ergangen ist.

Er sagte: „Mein Bruder wurde verhaftet und gefoltert. Mein Onkel mütterlicherseits wurde ebenfalls verhaftet und drei Monate lang in der Strafanstalt gehalten, wobei er alle Arten der Folter, Unterdrückung und Erniedrigung erlebte. Das Haus meiner Eltern wurde mehrmals überfallen und durchsucht, ohne sie zu fragen und ohne irgendeinen Grund anzugeben." Braucht es viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie es den Angeklagten selbst in der Türkei ergehn wird, falls es jemals zu einer Ausweisung kommen sollte?

Es ist genauso, wie es einer der Angeklagten in seinem Schlußwort sagte: schuldig sind in Wahrheit nicht die, die gegen die Grausamkeiten des Faschismus protestieren. „Die wahren Schuldigen sind die faschistische Junta und der bundesrepublikanische Imperialismus." Unsere Solidarität gehört den Angeklagten türkischen und kurdischen Revolutionären.



Jetzt hilft nur noch verweigern?

Nach der Entscheidung des Bundestages für die Stationierung der Pershing II und Cruise missiles haben verschiedene fortschrittliche Kräfte aufgerufen, massenhaft den Wehrdienst zu verweigern — Schriftsteller in der Heilbronner Erklärung, der DFG/VK, die Gewerkschaftsjugend usw. Auch der Aufruf „Verweigert jetzt", den wir auf dieser Seite im Wortlaut dokumentieren, unterstützt diese Forderung.

Aber das ist, was den Aufruf betrifft, nicht der Kern seines Anliegens. Eigentliches Anliegen des Aufrufes ist *Selbstverpflichtung* alles zu verweigern, was der „Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen" kann. Gerade darin sah das sogenannte unabhängige Spektrum der Friedensbewegung, das diesen Aufruf auf der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung alternativ zum Vorschlag zur Durchführung einer Volksbefragung am 17. Juni einbrachte, eine Möglichkeit, radikaler als bisher für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Wir meinen: Es ist völlig klar, daß die Friedensbewegung nur Erfolge erringen kann, wenn sie sich radikalisiert. Aber die Vorschläge, die der Aufruf dazu macht, sind unserer Meinung nach nicht geeignet, die Friedensbewegung als Massenbewegung in eine klarere Frontstellung gegen die Regierung, gegen die herrschenden militaristischen Kreise zu bringen. Das ist aber die Radikalisierung, die wir brauchen. Deshalb unterstützt die KPD diesen Aufruf nicht.

Weil der Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung nicht das eigentliche Anliegen des Aufrufes ist, wollen wir nur kurz darauf eingehen. Die KPD begrüßt ein Anwachsen der Zahl derjenigen, die den Kriegsdienst verweigern, insofern, als sich darin eine wachsende Gegnerschaft zum Militarismus, zur Bundeswehr ausdrückt. Als politische Strategie, die dazu beitragen soll, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, den Militarismus auszurotten usw., ist die Kriegsdienstverweigerung aber ungeeignet. Vor allem deshalb, weil sie die Bundeswehr selbst unangetastet läßt. Praktisch gesprochen: 40000 Jugendliche, die den Kriegsdienst verweigern, beunruhigen die Bundeswehrführung und die Regierung. Dieselben 40000 Jugendlichen in der Bundeswehr, also ca. 10 Prozent der Soldaten, die engagierte Antimilitaristen sind (und einen entsprechenden Einfluß auf die anderen Wehrpflichtigen ausüben würden), würden die Bundeswehrführung und die Regierung keine Nacht mehr ruhig schlafen lassen.

Stellt euch vor, ein Krieg wird vorbereitet und keiner macht mit...

So ungefähr könnte man den Tenor des Aufrufes umreißen. Keiner läßt sich zum Soldaten ausbilden, keiner geht zu den Reservistenübungen, keiner gibt dem Staat Steuern für den Rüstungshaushalt usw. Jeder verpflichtet sich heute bereits schriftlich, im „Ernstfall" nicht mitzumachen.

Es kann hier nicht darum gehen, ob einzelne solcher Verweigerungsaktionen sinnvoll sind oder nicht. Das sind sie bestimmt. Überlegt werden muß vielmehr, ob der im Aufruf gewiesene Weg der Verweigerung geeignet ist, die politische Entwicklung, von der am Anfang des Aufrufs die Rede ist, zu stoppen und, wie es im Aufruf heißt „militärische Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen".

Wir meinen, das ist nicht der Fall. Es scheint uns in der Friedensbewegung relativ unumstritten zu sein, daß **ein** Grund für die Niederlage, die die Friedensbewegung im November einstecken mußte, der war, daß es nicht gelungen ist, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kampf mit einzubeziehen. Es scheint uns genauso klar zu sein, daß keine Rede davon sein kann, die „militärischen Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen", wenn es in Zukunft nicht gelingt, genau das zu erreichen. Auf dem hier vorgeschlagenen Verweigerungsweg geht das aber offenkundig nicht. Das fängt an mit der Kriegsdienstverweigerung, die erwiesenermaßen ein Weg ist, der nur von sehr wenigen proletarischen Jugendlichen beschritten wird, das hört auf mit der Verweigerung von Kriegssteuerzahlungen, die schon aus rein praktischen Gründen von Lohnsteuerpflichtigen gar nicht durchgeführt werden kann. Wenn man die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Friedenskampf einbeziehen will, müssen unserer Meinung nach zwei Grundvoraussetzungen für alle weiteren Überlegungen auf jeden Fall klar sein: 1. die Aktionsformen müssen eine Beteiligung breiter Teile der Bevölkerung ermöglichen (bei der Volksbefragung ist das z.B. der Fall); 2. es muß überlegt werden, an welchem Punkt die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung **heute** von den Kriegsvorbereitungen hauptsächlich betroffen fühlt und sich deshalb am ehesten ein massenhafter Widerstand entzünden kann. Das scheint uns die Frage des Zusammenhangs von Rüstungswahnsinn und Sozialabbau im weitesten Sinn zu sein.

Wir haben diesen Aspekt herausgegriffen, weil wir — im Unterschied zu den Befürwortern des Aufrufs — meinen, daß sich der Ausbruch eines Krieges **nicht** dadurch verhindern läßt, daß man seine Vorbereitung in einem eher technischen Sinne stört.

Die Pläne der Kriegstreiber lassen sich nur politisch durchkreuzen. Das läßt sich aber nicht erreichen, wenn einige Tausend oder Zehntausend sich verweigern, das läßt sich nur erreichen, wenn Millionen für den aktiven Widerstand mobilisiert werden können — gegen NATO und Bundeswehr, gegen die Regierung und gegen das Kapital, das den Militarismus zur Durchsetzung seiner Interessen braucht. Das ist schwer. Und es ist auch schwer, für einen solchen Kurs in der Friedensbewegung zu kämpfen. Trotzdem gibt es aber keinen anderen Weg.

Aufruf
Zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste

Trotz millionenfachen Protestes gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und die damit verbundene Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit haben sich die meisten Regierungen der Stationierungsländer und der USA über den Willen der Bevölkerung hinweggesetzt. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die verstärkte konventionelle und chemische Aufrüstung sind Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA und zunehmend ihrer NATO-Verbündeten. Der Airland-Battle-Plan, die Kriegsführungs- und Enthauptungsstrategien in der „Verteidigungsrichtlinie" des Pentagon sowie der Plan von NATO-Oberbefehlshaber Rogers erhöhen insbesondere durch ihren Gesamtzusammenhang die Kriegsgefahr. Mit diesen Konzepten sollen militärische Konflikte in der Dritten Welt und in Europa mit konventionellen, chemischen und atomaren Waffen führbar und letztlich gewinnbar gemacht werden.

Diese Entwicklung lehnen wir ab. Aktives Handeln gegen diese wachsenden Kriegsgefahren ist das Gebot der Stunde. Deshalb rufen wir zur Verweigerung von Kriegsvorbereitungen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf.

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf.

Unser Ziel ist es, neben anderen Formen des gewaltfreien Widerstandes auch durch massenhafte und vielfältige Formen der Verweigerung militärische Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen. Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Verweigerung der Kriegsvorbereitung durch die Unterzeichnung folgender Selbstverpflichtung öffentlich zu machen:

„Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im „Ernstfall" allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen."

Die Zustimmung zu dieser Verpflichtung erfordert entsprechend konsequentes Handeln. Formen der Verweigerung sind u.a.:

- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Soldaten und Wehrpflichtige
- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Reservisten
- Verweigerung aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen
- Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- Verweigerung jeglicher Wehrpflicht und Reservepflicht (Totalverweigerung)
- Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- Verweigerung aller ABC-Abwehrausbildungen in Katastrophenschutz und Gesundheitswesen
- Verweigerung der Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellung für den Atomkrieg sowie entsprechende Vorbereitungen hierauf
- Verweigerung der Mitwirkung an Kriegsgerichten
- Verweigerung von Wehrkundepropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien
- Verweigerung von Rüstungsforschungen und Wehrkunde an den Hochschulen
- Verweigerung von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen
- Verweigerung von Kriegssteuerzahlungen
- Verweigerung aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten.

Wir sind solidarisch auch mit denjenigen Menschen, die in der Bundeswehr und in anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv gegen die Planung von Offensivstrategien und gegen die Vorbereitung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen politisch arbeiten und Widerstand leisten.

Der politische Preis für eine neue offensive Militärstrategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten wird um so höher, je mehr Menschen ihrer Verweigerung weiteres friedenspolitisches Handeln folgen lassen und Alternativen entwickeln und öffentlich machen.

Die Verweigerungen werden den zuständigen Behörden angezeigt sowie auf örtlicher Ebene bekanntgemacht und in der Geschäftsstelle des Koordinationsausschusses gesammelt. Darüber hinaus wird es gemeinsame Aktionen der Verweigerer geben.

Korrespondenz aus Bielefeld

Für die Forderung „Austritt der BRD aus der NATO" waren wir alle...

Der Entwurf zum Ostermarsch-Aufruf der ostwestfälisch-lippischen Friedensinitiativen riß in unserer Stadtteil-Friedensgruppe keinen vom Hocker. Nach kurzer Diskussion stellten wir fest, daß wesentliche Punkte glatt unter den Tisch fallen: Die Bundesregierung wird nicht ein bißchen angegriffen, die NATO noch nicht einmal erwähnt. So machten wir uns daran, Änderungsvorschläge zu erarbeiten.

Für die Forderung: „Austritt der BRD aus der NATO" waren wir alle, da wir gerade vor kurzem im Zusammenhang mit Air-Land-Battle-Strategie darüber diskutiert hatten. So fifty-fifty waren allerdings bei uns die Meinungen, ob die BRD mehr ein Handlanger der USA ist, oder eher eigenständige Interessen vertritt.

Andere Vorstellungen hatten wir auch über den Ablauf des Ostermarsches. Statt der Latscherei über die Dörfer wie letztes Jahr wollten wir lieber zu den Stationierungsorten fahren.

Auf der Konferenz der ostwestfälisch-lippischen Friedensinitiativen konnte sich leider keiner unserer Vorschläge durchsetzen. Immerhin fanden sich aber so knapp ein Drittel, die uns unterstützten und die Diskussionsleitung kam ins Schwitzen, weil sie die Absegnung des Entwurfs wohl nur noch als Formsache angesehen hatten.

Um die Diskussion nicht versickern zu lassen, machte die Friedensinitiative Bielefeld-Ost jetzt erst mal eine Veranstaltung zum Thema „Friede mit der NATO?"

Aus den Änderungsvorschlägen der Stadtteilgruppe Bielefeld-Ost

- „Die Bundesregierung unterstützt den Konfrontationskurs der USA, um die Weltmärkte für das deutsche Kapital zu erschließen und die Rohstoffquellen zu sichern. Sie baut fest auf das NATO-Bündnis und will sich zur ersten Wirtschaftsmacht in Europa aufschwingen. Hierbei nimmt sie in Kauf, daß die Militärstrategie der NATO Deutschland in ein atomares Schlachtfeld verwandeln könnte.
- Die letzten 30 Jahre haben gezeigt, daß keine Abrüstung möglich ist, solange die Machtblöcke existieren. Wir fordern deshalb den Austritt der BRD aus der NATO als ersten Schritt zur Auflösung der Militärblöcke."

Ostermarsch Ostwestfalen-Lippe
21. April Sternmarsch auf Bielefeld
22. April von Hamm nach Lünen,
23. April Dortmund

Es lohnt...

Es lohnt sich, in der Friedensbewegung für einen richtigen politischen Kurs zu streiten. Nicht nur an der Basis, sondern auch bei regionalen Konferenzen. Das zeigt der nebenstehende Bericht aus Bielefeld. Deshalb haben wir ihn abgedruckt. Als Anregung und zum Mutmachen für andere.

Noch ein Wort zur „Latscherei". So werden die Ostermärsche ja nicht hier gesehen. Natürlich spricht nichts gegen Proteste an den Stationierungsorten. Aber es spricht doch auch nichts gegen Demonstrationsformen wie die Ostermärsche. Beides braucht die Friedensbewegung.

Für viele waren die Ostermärsche in den letzten Jahren die erste Demonstration, zu der sie überhaupt hingegangen sind, (weil sie „vor Ort" stattfanden, weil Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht zu befürchten waren usw.). Das wird in diesem Jahr sicher nicht anders sein.

Deshalb müssen auch wir da sein, die Genossinnen und Genossen der Partei, alle, die einen konsequenten Kampf gegen die Kriegstreiber wollen. Wir „müssen" ja nicht einfach „mitlatschen" Wie wäre es, wenn wir da für etwas „politischen Pep" sorgen? Mit möglichst vielen Leuten, Ideen und Phantasie?
K.W.

Termine

Herbstmanöver im „Fulda Gap"

Im sogenannten Fulda Gap in Hessen werden in diesem Herbst großangelegte Manöver der NATO stattfinden. Zur Vorbereitung der Aktivitäten der Friedensbewegung zu diesem Manöver findet am 7./8. April in der Fachhochschule Fulda, Marquardtstr. 35 ein bundesweites Vorbereitungstreffen statt. Beginn: Samstag, 13.00 Uhr.

„Kein Frieden mit der NATO"

Am 15. April findet in Frankfurt erneut ein Treffen statt, um die Gründung eines Anti-NATO-Komitees innerhalb der Friedensbewegung in die Wege zu leiten.

Ein erstes Treffen hatte vor einigen Wochen stattgefunden, (der RM berichtete darüber). Die KPD würde es sehr begrüßen, wenn es zu einem Zusammenschluß derjenigen Kräfte in der Friedensbewegung, die für den Austritt der BRD aus der NATO sind, käme. Wir fänden es deshalb wichtig, wenn bei dem zweiten Treffen, das jetzt auf dem 15. April angesetzt ist, möglichst viele Friedensinitiativen, die diese Forderung unterstützen bzw. diese Frage diskutieren, nach Frankfurt kommen würden.

Den genauen Ort und die Uhrzeit für das Treffen werden wir im nächsten RM bekanntgeben. Nähere Informationen sind telefonisch bei uns zu bekommen.

Nächste Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai

Nicht vergessen: Die nächste Aktionskonferenz der Friedensbewegung am ersten Wochenende im Mai. Auf der Tagesordnung: Strategiedebatte und Herbstaktionen der Friedensbewegung. Genossen, die teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei der RM-Redaktion zu melden.

Im Anschluß an diese Aktionskonferenz, am 19. und 20.5. werden übrigens Friedenskonferenzen der KPD stattfinden, eine im Norden, eine im Süden, auf denen über die Ergebnisse der Aktionskonferenz diskutiert wird. Näheres demnächst auf der „Pinwand".

Über 5000 Teilnehmer beim 4. Medizinischen Kongreß

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg



Zum vierten Mal trafen sich jetzt Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger und andere Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen zu einem Protest gegen den Atomkrieg. Die ersten drei Kongresse fanden im letzten Jahr in Hamburg, Berlin und München statt, der vierte in Tübingen.

Es kamen so viel Teilnehmer wie niemals zuvor — über 5000. Und es kam auch zum ersten Mal der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, der die Forderung von vielen Beschäftigten im Gesundheitswesen nach Ablehnung der Katastrophenmedizin unterstützte. Er distanzierte sich außerdem von allen Bestrebungen, die darauf abzielen, Ärzten die Approbation abzuerkennen, die die Ausbildung in Katastrophenmedizin verweigern.

Mehrere hundert Teilnehmer des Kongresses demonstrierten am Samstag vor einer Klinik für Hirngeschädigte, die vor kurzem zum Reservelazarett für den Ernstfall umfunktioniert wurde. Am Sonntag nahmen Teilnehmer des Konkresses in Mutlangen an einer Protestkundgebung teil. Vorher waren auf dem Kongreß 13000 DM zur Unterstützung für den Friedenskampf in Mutlangen gespendet worden.

Ermittlungsausschuß bittet um Hilfe

111 Ermittlungsverfahren sind nach Auskunft der Presse gegen Teilnehmer der Friedensdemonstration im letzten Oktober in Bremerhaven eingeleitet worden. Ein Ermittlungsausschuß will die Angeklagten unterstützen. Dazu braucht er die Hilfe der Menschen: Wer Polizeieinsätze gegen Blockierer oder Demonstranten beobachtet hat, wer bei Festnahmen Zeuge war, wer Fotos von Polizeieinsätzen besitzt, wer selbst festgenommen wurde oder eine Vorladung zu Polizei oder Staatsanwaltschaft bekommen hat, soll sich beim Ermittlungsausschuß melden. Adresse: Ermittlungsausschuß Bremerhaven, c/o RA Wolfgang Mayer, Hafenstr. 117, 2850 Bremerhaven.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Eine seltsame Debatte

Der im folgenden veröffentlichte Brief von R. P. aus Sindelfingen ist bereits der zweite, den wir in diesen Leserbriefspalten wiedergeben, wie wir es auch mit der Antwort der MLPD-Genossen darauf getan haben. Seltsam ist diese Debatte, nicht wegen des Inhalts. Sondern aufgrund der Tatsache, daß sie sich weder in der UZ der DKP noch in der „Roten Fahne" der MLPD öffentlich abspielt. Und dies sicher nicht aus dem Grund, weil sie politisch uninteressant wäre. Beide Seiten müßten ja in solch einer Debatte auf die sichtbaren — wenn auch oft genug verleugneten — Unterschiede zwischen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und den Staaten des sogeannten realen Sozialismus eingehen, wobei sie wohl in Beweisnot kämen. Sowohl für die durch nichts auch nur ansatzweise bewiesene Behauptung, Albanien sei kein sozialistisches Land mehr, als auch für die sachlich widerlegte, wenn auch ununterbrochen vorgebrachte Behauptung, bei den Staaten des RGW handele es sich um solche, in denen die Arbeiterklasse die Macht hat.

MLPD und die SVR Albanien (III)

Werte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank, daß ihr meine Fragen an die MLPD bezüglich Albanien im RM vom 10. Februar veröffentlicht habe.

Ich glaube, daß ich ohne eure Veröffentlichung keine Antwort von der MLPD bekommen hätte, auch wenn Stefan Engel sich jetzt damit entschuldigt, indem er mich zum DKP-Funktionär hochstilisiert, was nicht den Tatsachen entspricht.

Zu eurer Information schicke ich euch den Antwortbrief von Stefan Engel sowie meine Antwort darauf. Mit solidarischen Grüssen

„Werter Stefan Engel,
deinen Antwortbrief bezüglich der Einschätzung der MLPD über Albanien habe ich gestern erhalten.

Bevor ich auf seinen Inhalt eingehe, möchte ich doch eines richtigstellen. Du schreibst, ich sei bei euch als ein DKP-Funktionär bekannt. Ich habe jedoch keine Fuktionen in der DKP und gehöre keinem Leitungsgremium an. Richtig ist also, daß ich ein DKP-Mitglied bin, der sich ausführlich mit der MLPD und ihrer Linie beschäftigt.

Dein Brief hat meine Einschätzung bestätigt, daß die MLPD als Schiedsrichter in der Frage, was Sozialismus ist, auftritt, dabei jedoch nicht marxistische Kriterien als Maßstab nimmt. Abgesehen von der Tatsache, daß die MLPD mit ihrer Analyse, wonach es kein sozialistisches Land mehr geben soll, in der Theorie das geschafft hat, wovon die Imperialisten Jahrzehnte lang schon träumen, wofür sie Kriege geführt haben und wieder führen wollen, nämlich den Sozialismus von der Weltkarte zu streichen — also abgesehen von dieser Tatsache, ist die Frage keine Nebensächlichkeit. Ihre Beantwortung hat auch Konsequenzen für die Strategie und Taktik einer marxistisch-leninistischen Partei. Ohne diese Problematik an dieser Stelle grundsätzlich aufzurollen, möchte ich darauf beschränken, darauf zu verweisen, daß Marxisten-Leninisten das Beispiel des Sozialismus in ihre Propaganda aufnehmen müßten. So wie es übrigens der KABD lange Zeit am Beispiel von der VR China und VR Albanien auch getan hat.

Die MLPD erhebt den Anspruch nachgewiesen zu haben, daß in der Sowjetunion und der VR China eine Restauration des Kapitalismus stattgefunden hat. Über die Überzeugungskraft dieses „Nachweises" möchte ich hier nichts sagen. Aber, so muß sich jeder Kenner der MLPD fragen, wie sieht es denn mit den übrigen sozialistischen Ländern aus? In der Grundsatzerklärung des KABD werden neben der VR China folgende Länder zum sozialistischen Lager gezählt: VR Albanien, DVR Korea und DR Vietnam (S. 19 der GE)

- In Artikeln der „Roten Fahne" hat die MLPD versucht nachzuweisen, daß Vietnam in sowjetische Abhängigkeit geraten ist und heute nicht mehr sozialistisch ist.
- Über DVR Korea hat die MLPD nichts gesagt.
- Die albanische Führung wurde immerhin kritisiert.

Die PAA war so frevelhaft zu behaupten, die Kulturrevolution in China habe nicht die Bedeutung gehabt, die ihr die MLPD beimißt. Für die MLPD liegt die Bedeutung vor allem in der Errichtung eines ideologisch-politischen Damms gegen die Gefahr der Restauration des Kapitalismus. Nur scheint dieser Damm so groß nicht gewesen zu sein, da nach Auffassung der MLPD der Kapitalismus in der VR China trotzdem restauriert wurde und das sogar zehn Jahre eher als in der SU, wo keine Kulturrevolution stattgefunden hat. (SU 1917 - 1956 = 39 Jahre Sozialismus; VR China 1949 - 1979 = 30 Jahre Sozialismus, also hat die Kulturrevolution die Restauration nicht zeitlich hinausschieben können!)

Die ZL des KABD hat in ihrem Bericht an den 5. ZDT des KABD im Sommer 1982 festgestellt:

„Inwieweit Albanien noch ein sozialistisches Land ist, wurde noch nicht untersucht." (Dokumente des 5. ZDT d. KABD, S. 64, Verlag Neuer Weg)

Seit dieser Feststellung hat sich die „Rote Fahne" ein einziges Mal mit Albanien beschäftigt. Der Artikel in Nr. 25/82 S. 9 blieb im Rahmen der Kritik der Broschüre „China aktuell 5", konnte insofern an dem Inhalt der oben zitierten Aussage nichts ändern.

Am 23. Oktober 1983 ist es aber dennoch so weit. Es gibt kein sozialistisches Land mehr, sagt Stefan Engel in einer Grundsatzrede.

In dem Antwortbrief an mich sind keine neuen Einschätzungen der MLPD über Albanien enthalten, sondern die Argumente aus der Broschüre „China aktuell 5" werden wiedergegeben. Die Argumentation der MLPD läßt sich insofern so zusammenfassen: Weil die PAA die Kulturrevolution und Mao Tsetung anders beurteilt als wir, weil sie den Kampf zweier Linien als objektives Gesetz der Entwicklung der innerparteilichen Widersprüche ablehnt, deswegen ist Albanien nicht mehr sozialistisch. Aber wenn die MLPD der Meinung ist, daß die Restauration des Kapitalismus in Albanien im Gange ist, dann müßte sich dies an den Veränderungen in der ökonomischen Basis festmachen lassen. Die Analyse der ökonomischen Basis Albaniens könnte insofern aufschlußreich sein. Stefan Engel schreibt in seinem Antwortbrief: „Inwieweit die Restauration des Kapitalismus in Albanien **fortgeschritten ist,** können wir momentan nicht sagen ..." (S. 3, Hervorhebung von mir). Aber ich meine, die MLPD kann nicht einmal sagen, inwieweit die Restauration des Kapitalismus in Albanien überhaupt **begonnen** hat, denn das ist ohne die Analyse der ökonomischen Basis nicht möglich.

Ich halte eine solche Position, wie sie die MLPD vertritt, für überheblich gegenüber der albanischen Arbeiterklasse, die den Sozialismus erfolgreich aufbaut, wovon ich mich selbst im vergangenen Sommer überzeugen konnte.

Wenn Stefan Engel zur Entschuldigung schreibt, daß eine Analyse der ökonomischen Basis Albaniens „von außerhalb nicht einfach sein" wird, dann möchte ich daran erinnern, daß auch die Sowjetunion und die VR China „von außerhalb" der Analyse der MLPD unterzogen worden sind."

R.P., Sindelfingen

Das muß mal gesagt werden

Liebe Genossen!
Ein dickes Lob der Redaktion der „Kommunistischen Hefte". Die Nr. 8 — „Die Macht der Wenigen" und „Geholt — gebraucht — gefeuert" — finde ich ausgezeichnet.

Hier liegt umfangreiches, konkretes Material vor, mit dem man gut arbeiten kann. Vor allem der Beitrag über die Ausländerpolitik gefällt mir sehr gut. Ohne überflüssige Worte das Wichtige und Notwendige gesagt. Auch der andere Beitrag zur Kapitalkonzentration: sehr gut. Fachwörter werden erklärt — vielleicht manchmal noch besser möglich —, auch hier eine sachliche und deutliche Sprache.

Diese Broschüre müssen wir verbreiten! Das darf doch kein so großes Problem sein. —

Noch etwas. Es paßt zum Teil zum Obigen. Gestern hatte ich ein recht unangenehmes Erlebnis in der U-Bahn. Waren doch da, als ich in den Wagen stieg, ein Deutscher und ein Ausländer im Clinch. Wie es angefangen hatte, weiß ich nicht. Ich hörte bald den Deutschen — ein älterer seriös aussehen wollender Herr — sagen: „Sprich doch erst mal richtig Deutsch!" Da mußt ich was loswerden: „Du kannst wohl perfekt Chinesisch?" Durch den halben Wagen. Nun, alles bekam ich nicht mit; ich hörte dann nur: „Du Kanacke!" Den Ausländer wollte ich unterstützen. Ich also zu dem Deutschen: „Du bist wohl von früher übriggeblieben?" Und zu dem Ausländer: „Hat doch keinen Sinn mit dem." Darauf wollte dieser Deutsche mit mir stänkern. Er bekam zur Antwort: „Willst du mich anmachen? Ich bin kein Kanacke, da hast du kein Glück". Da meinte der doch: „Verzeihung, Kollege." Darauf ich: „So einen Kollegen will ich nicht haben." Da rief der Ausländer: „Ich Italiano." Und ich rief zurück: „Ich bin Deutscher."

Diese kurze Geschichte ist ja nun nicht sonderlich sensationell; eine alltägliche Begebenheit. Und doch halte ich es für wichtig, darüber zu schreiben. Denn: Das ist eben diese Ausländerfeindlichkeit; diese alltägliche Ausländerfeindlichkeit. Manchem mag das schon normal vorkommen. So auch einigen älteren Herrschaften in diesem U-Bahnwagen. Sie fanden das alles sehr komisch. Da war doch mal was los; und dann eben mit einem „Kanacken". So bunt ist eben unsere Welt.

Eine alltägliche Geschichte? Wohl nicht ganz. Ich jedenfalls kann mich nicht erinnern, mal erlebt zu haben, daß jemand gerade auch in der U-Bahn solche Ausländerhetze laut anprangert. Ich will mich da gar nicht ausnehmen. Man kocht vielleicht innerlich. Man findet das empörend. Man will was sagen. Aber: Man könnte Ärger bekommen. Kein Mut.

Diesmal mußte ich was sagen: laut. Und gerade auch zu diesen Herrschaften, die sich da über den Streit freuten, so wie man sich im Fernsehen „Dick und Doof" anschaut. Es ekelte mich an. — Und seien wir mal ehrlich, dulden wir nicht auch oft solche ausländerfeindlichen Äußerungen und Handlungen? Wir, als Kommunisten. Gilt es nicht gerade da, wo Ausländerhaß auftritt, ihn entschieden zurückzuweisen? Gerade auch im Kleinen?

Verzeihung! Ich will niemandem zu nahe treten. Vielleicht wißt ihr das alles schon seit Jahren, und schon seit Jahren verhaltet ihr euch eben auch im Alltag als Kommunisten.

Ich langweile euch, mag sein. Mir erschien diese Begebenheit jedoch wichtig, und ich bin froh, den Mut gefunden zu haben, solche Herrenmenschen in die Schranken zu weisen. Es ist ja auch nichts passiert. Nichts, nur daß der Italiener vielleicht gemerkt hat, er steht nicht alleine da.

Rot Front,
H. Z., Westberlin

DDR — was untersuchen?

In dem Kommunique der am 3./4. März stattgefundenen ZK-Tagung steht geschrieben, daß eine Untersuchung des DDR-Revisionismus durchgeführt werden soll. Ein sehr lobenswertes Vorhaben. Was ich daran aber heftig zu kritisieren habe, ist, daß angeblich für die Partei „die Stellung zu den revisionistischen Ländern, wie sie heute existieren (und nicht, wie sie sich in der Vergangenheit entwickelt haben) vorrangig" ist.

Da bin ich ganz anderer Meinung. Es ist weniger schwer, jemandem klar zu machen, daß die DDR kein erstrebenswertes Gesellschaftssystem besitzt, als, wie es dazu gekommen ist. Und diese letzte Frage ist meiner Meinung nach mindestens genauso wichtig und notwendig, um den Unterschied zwischen Sozialismus, den wir meinen, und Sozialismus à la DDR klarzustellen und so den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus wieder populär zu machen, als eine von der Entwicklung losgelöste Analyse des aktuellen Zustandes der DDR-Gesellschaft.

Wie überhaupt und durch was bedingt konnte aus einem ehemals sozialistischen Staat ein staatskapitalistischer Staat werden? Das sind die Fragen, die interessieren, und dort wimmelt es nur so von Plattheiten. (So nach dem Motto: Bis 1956 waren die osteuropäischen Länder noch sozialistisch und danach über Nacht kapitalistisch). In diesem Punkt ist also eine Analyse mehr als überfällig!

R. F., Düsseldorf

***Anmerkung der Redaktion:** In der Tat sind es gerade diese beiden Fragen, die sozusagen als Alternative einer solchen Untersuchung vor uns stehen. Daß beides wichtig ist und getan werden muß, sei vorausgesetzt, es geht darum, was als erstes, was im Zuge der gesamten Parteidebatte. Wobei natürlich von einer völligen Losgelöstheit nicht geredet werden kann, aber eben ganz deutlich von Schwerpunkt und Ziel einer Untersuchung. Und hier kam das ZK auf seinem Plenum zur Auffassung, daß in der Debatte, wie sie heute über den Sozialismus geführt wird (und eben nicht nur bei uns) die Frage, wie denn dieses Gesellschaftssystem der DDR heute nun wirklich und genau aussieht, keineswegs geklärt ist. Die bisherige Kritik der Partei an diesem System, die im wesentlichen richtig ist, geht dieser Sache noch nicht auf den Grund, erfaßt höchstens Teilaspekte und — wichtige — Tendenzen (etwa der Reprivatisierung, was aber keineswegs der Kernpunkt der Kritik sein darf). Von daher diese Schlußfolgerung, was die andere Untersuchung künftig keineswegs ausschließt.*

Nicht nur zum Frauentag

Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:

Frauen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Flexible Arbeitszeit ist das neue Schlagwort der Unternehmer. Ausweitung der Teilzeit-Arbeit, Job-Sharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz), also Arbeitszeitverkürzung **ohne** Lohnausgleich — für den Unternehmer profitabel, für uns Frauen oft die Notlösung um Kinder Haushalt und Arbeit vereinbaren zu können. Auch

zessoren in den Bereichen Elektronik, Handel, Versicherungen, Banken setzt eine unglaubliche Rationalisierungswelle ein, die Millionen Arbeitsplätze — zum großen Teil Frauenarbeitsplätze — vernichten wird

- Wir stellen schon jetzt die Hälfte der Arbeitslosen, obwohl nur ein

war das KPD-Flugblatt „Frauen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" gedacht. Seitdem sind aber kaum noch Bestellungen eingegangen, für alle anderen Flugblätter aber zahlreiche. Deshalb gehen wir davon aus, daß es sich hier um ein Mißverständnis handeln wird. Also: Nach wie vor zu bestellen beim Verlag RM, zum Preis von 5 Pfennig je Stück!

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

Spenden für die Partei

LBV Westfalen-Lippe	134,—
KPD Bremen-Neustadt	300,—
LBV Weser-Ems	245,—
KPD Neumünster	81,—
KPD Oberallgäu	500,—
insgesamt	1260,—

Damit sind für die Partei in diesem Jahr 9006,50 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche

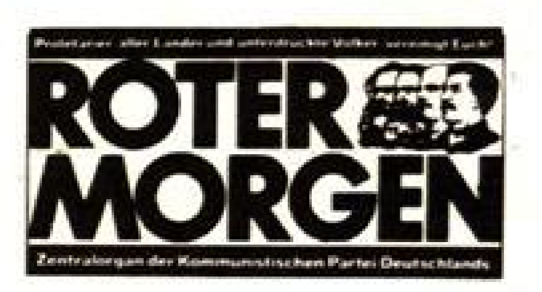
LBV Westfalen Lippe	1000,—
Zelle Dogmoch, Ludwigshafen	200,—
R.C., Lingen	20,—
M. L. K., Bielefeld	700,—
insgesamt	1920,—

Damit sind für diesen Zweck bisher 4320,— DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Rebell"

KPD Bremen-Neustadt	200,—

Damit sind für den „Roten Rebell" bisher 2155,— DM an Spenden bei uns eingegangen.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden. Schönen Dank!



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ...
ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekundigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik

in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert

und kritisiert

Jede Woche neu!

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Aus: „Lüne-Kurier", Zeitung der KPD für Lüneburg

Keine öffentlichen Gebäude für private Schulen!

Der folgende Artikel (wie auch der nebenstehend wiedergegebene Brief aus Jesteburg) ist der neuen Stadtzeitung der KPD für Lüneburg entnommen. Die Zeitung, die sich mit verschiedenen Problemen des Ortes befaßt, packt mit diesem Artikel ein gerade für Niedersachsen heißes Eisen an.

Aus der Bildungsmisere Kapital schlagen — darin verstehen sich die Privatschulen. Die CDU hilft ihnen, eine Marktlücke zu nutzen, um eine Eliteauswahl zu sichern. Was die Privatschulen hinterlassen, nachdem sie bei den Eltern mit Kohle abkassiert haben, ist eine noch größere Kluft zwischen den Bildungsprivilegien für die Reichen und noch mehr Hoffnungslosigkeit für die Bildungschancen der Armen.

Während die Politiker mit Sparmaßnahmen wie Schulschließungen, Schulzeitverkürzungen, Lehrmittelstreichungen usw. die öffentlichen Bildungsaufgaben von Tag zu Tag einschränken, mausern sich die privaten Schulen als „Alternativangebot" gegenüber der Bildungsmisere.

Die Stadt Lüneburg hat mit ihrem Beschluß, keine öffentlichen Gebäude an Privatschulen zu vergeben, noch lange nicht ihr Liebäugeln nach „alternativen" Bildungsangeboten für Lüneburg aufgegeben. Es wäre ja auch ein starkes Stück, wenn man das Goethe-Institut stillegt, um in den gleichen Gebäuden die Privatschule unterzubringen.

In einem Leserbrief der LZ heißt es: „Immer mehr Eltern haben gerade durch das Vorgehen der Lüneburger Stadtvä-



ter begriffen, wie wenig sich das staatliche Bildungsangebot der Konkurrenz privater Träger gewachsen fühlt." Wie wahr!

Privatisierung öffentlicher Aufgaben macht auch vor den Schultoren nicht halt. Es ist so wie Karl Marx vor 140 Jahren schrieb:

„Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zur Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, sodaß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind."

Zu den Befürwortern der Privatisierung im Bildungssektor gehört der Dachverband der Industrie- und Handelskammer. In Koblenz ist er z.B. Träger eines 25-Millionen-Projekts — einer Privatuniversität für Führungskräfte der Wirtschaft. Da kommen natürlich Söhne von Firmenbesitzern mit dem nötigen Kleingeld hinein, aber mit der Gegenleistung keiner wird hinterher arbeitslos.

Die KPD verurteilt jede Art von Bildungsprivilegien, die mit dem Geldbeutel erkauft werden. Bildung muß ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft werden, um materielle und kulturelle Bedürfnisse befriedigen zu können. In einer Gesellschaft, in der man sich Zeugnisse und Doktortitel kaufen kann, gibt es keine Perspektive für gleiche Bildungschancen. Zukunft hat die Bildung nur in einem sozialistischen Gesellschaftssystem, wo jeder nach seinen Fähigkeiten gefördert wird.

Lohnsteuerpfändungen

Korrespondenz aus Niedersachsen

Die Lohnsteuerrückzahlung kann genauso gepfändet werden wie der Lohn oder das Gehalt. Diese Erfahrung müssen zur Zeit zigtausende Bürger machen.

Hatte jemand, der unverschuldet — zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit — in Not geraten war und seine Ratenzahlungen nicht mehr regelmäßig einhalten konnte, geglaubt, er könne mit seiner Lohnsteuerrückzahlung einen Teil der Raten bezahlen und vielleicht noch anderes dringend Notwendige kaufen, so sieht er sich bitter enttäuscht. Die meisten dieser Menschen sehen keinen Pfennig von diesem Geld, auf das sie so sehr gehofft hatten. Noch bevor sie ihre Lohnsteuererklärung einreichen, haben schon die Gläubiger, meistens Versandhäuser und Versicherungen, bei den Finanzämtern Pfändungsbeschlüsse eingereicht. Technisch geht das so vor sich: Ein Versandhaus, das damit rechnet, daß sein Schuldner eine Steuerrückzahlung erhält, beantragt beim Amtsgericht einen Pfändungsbeschluß. Ist dieser erwirkt, so wird er dem Finanzamt zugestellt. Wenn von Seiten des Finanzamtes „keine Bedenken" (hahaha) vorliegen, zahlt das Finanzamt die Steuerrückzahlung an das Versandhaus aus.

Die Pfändungsbeschlüsse nehmen von Jahr zu Jahr zu, besonders in den Bezirken, wo die Arbeitslosigkeit groß ist. So erwartet allein das Finanzamt Braunschweig für 1984 eine Steigerung der Pfändungsbeschlüsse um ungefähr 10 bis 15 Prozent.

Und wieder sind es die Armen, die es trifft. So wird das Elend, in das sie ohne eigene Schuld, durch die Bonner Umverteilungspolitik, den Armen nehmen, den Reichen geben, geraten sind, immer größer.

Erfolgreiche Solidaritätswoche

Korrespondenz aus Hamburg

Die Veranstaltung zur Hamburger Solidaritätswoche vom 5. bis 11. März boten ein breites Spektrum, von Kulturellem über spezielle Hamburger Abschiebe- und Ausweisungsfälle bis hin zu praktischen Informationen über die sogenannte Rückkehrhilfe und für die Erlangung von Aufenthaltsberechtigungen.

Durchschnittlich 50 bis 100 Menschen besuchten die einzelnen Veranstaltungen, die sich in Hamburg naturgemäß auch stark gegen die Hamburger Senatspolitik richteten. Trotz einzelner Erfolge im Kampf gegen die Ausweisung des ägyptischen Hochschullehrers Haran Kellah, des indischen Ingenieurs Datta nach jeweils über 20jährigem Aufenthalt in der BRD, oder der philippinischen Seemannsfamilie, die aufgrund des öffentlichen Drucks nicht vollzogen worden sind, ist nach wie vor keine grundsätzliche Änderung der SPD-Politik zu erkennen. So erntete der auf einige Veranstaltungen vorgeschickte SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Wulf Dankowski nur höhnisches Gelächter, als er statt konkreter Änderungen in der offiziellen Senatspolitik nur immer wieder das Versprechen anbieten konnte: in der SPD sei etwas in Bewegung, was man durch öffentliche Kritik nicht stören solle...

Die Solidaritätswoche hat aber die Notwendigkeit und Möglichkeit gezeigt, neben der zu erwartenden Verschärfung der ausländerfeindlichen Politik aus Bonn, in Hamburg weiter offensiv gegen die Ausländerpolitik, gegen Ausweisung und Abschiebung, betrieben vom Hamburger Senat, anzugehen.



Beziehungen muß man haben

(Aus: „Lüne-Kurier" 1/84)

Ich möchte euch schreiben wie sozial dieser Staat für die Reichen und wie unsozial er für die Armen ist. Ein Vorfall in Winsen, der mich empört hat:

Mutter ist CDU-Fraktionsvorsitzende im Landkreis Harburg (Rechtsanwältin), Vater ist Arzt. Die Tochter erhielt vom Oberkreisdirektor persönlich eine Ausnahmegenehmigung des Verkehrsamtes, damit sie (17 Jahre!) ohne Führerschein mit ihrem eigenen Mercedes von Winsen nach Luhmühlen zum Reiten (!) fahren kann.

Mein Schwager ist gelernter Klempner und arbeitslos. Seit September wartet er auf die Aushändigung seines Führerscheines, was von den Behörden verschlampt wurde. Er bekommt keinen Arbeitsplatz, weil alle Arbeitgeber einen Führerschein voraussetzen.

Wenn die 17jährige Mercedesfahrerin nicht einen Unfall verursacht hätte, wäre der Fall gar nicht an die Öffentlichkeit gekommen! Inzwischen hat der Oberkreisdirektor Strafanzeige gegen das „Nordheide-Wochenblatt" gestellt, deren Redaktion den Mut aufbrachte, die Bürger zu informieren.

Politische Beziehungen müßte man haben!

P.K., Jesteburg

Schlußverkäufe ade

Korrespondenz aus Niedersachsen

Es vergeht kein Tag, an dem nicht eine neue Schweinerei aus Bonn bekannt wird. Die letzte Meldung: Graf Lambsdorff will das Rabattgesetz und die Schlußverkäufe abschaffen. Winter- und Sommerschlußverkauf seien in den letzten Jahren ja immer mehr zur Farce geworden, weil die Preise ja regelmäßig schon Wochen vorher reduziert würden.

Und eine Menge anderer Normen soll geändert werden. So will man vor allem die Vorschriften im Bauwesen und für den Lebensmittelkaufmann „erleichtern". Da wird argumentiert: „Wenn ein Lebensmittelkaufmann etwa 200 Gesetze und Verordnungen kennen muß, bevor er eine einzige Tüte Mehl über die Theke reichen darf, dann ist es eigentlich verwunderlich, daß überhaupt noch Lebensmittelgeschäfte existieren. Wenn Ordnungsbehörden zulassen, daß mehrere tausend Kilo Kartoffeln verderben, weil sie wegen des auf dem Etikett fehlenden Vermerks „mehlig-festkochend" den Verkauf untersagten — so vor einiger Zeit in Hessen geschehen — dann ist offenbar mit der geistigen Verfassung dieser Ordnungshüter einiges nicht in Ordnung."

Die geistige Verfassung dieser Ordnungshüter — sprich dieser Regierung — ist allerdings nicht in Ordnung. Nicht wegen der hessischen verdorbenen Kartoffeln, sondern grundsätzlich. Und wenn schon verdorbene Kartoffeln erwähnt werden, dann sollte man lieber einmal die Vorschriften untersuchen, die dazu führen, daß täglich tonnenweise Lebensmittel im EG-Raum vernichtet werden. Über diese „Regeln" kein Wort.

Diese ganze Flut von Gesetzesänderungen, die da auf uns zukommt, ist wieder gegen den kleinen Mann gerichtet, z.B. Abbau des Schutzes der Verbraucher. Die „Entbürokratisierung", wie das ganze im Wirtschaftsministerium heißt und wozu eigens eine eigene Kommission gegründet wurde, hat nur den einen Zweck: den Reichen noch mehr den Profit zu „erleichtern". Weh dir, wenn du arm bist!



Nach Abschiebung erschossen

Korrespondenz aus Niedersachsen

Der Landkreis Göttingen will vorerst abgelehnte Asylbewerber aus Ghana nicht in ihre Heimat zurückschicken — nachdem bekannt wurde, daß der Afrikaner David Akwasi Aboagye nach seiner Abschiebung aus Niedersachsen in seinem Heimatland Ghana erschossen wurde. Was war vorausgegangen?

David Akwasi Aboagye ist 1980 in die Bundesrepublik gekommen. Er kam nach Duderstadt. Aus Ghana war er geflüchtet, weil er nach einem Militärputsch in Ghana gesucht wurde. Sein Asylantrag wird abgelehnt. Man glaubt nicht, daß er aus politischen Gründen seine Heimat verlassen mußte, obwohl er Briefe vorlegt, die dies bestätigen. Aboagye geht zum Anwalt, der vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig gegen den ablehnenden Beschluß klagt. Aboagye versteht schlecht Deutsch, eine Bekannte aus Duderstadt versucht, ihm das Asylantenverfahren zu erklären und übersetzt. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts zieht sich in die Länge. Aboagye nimmt an, er könne bleiben. Inzwischen arbeitet er in Duderstadt bei der Stadtverwaltung als Friedhofsgärtner.

Im Juni 1983 entscheidet das Verwaltungsgericht die Klage des Anwalts gegen den ablehnenden Asylbescheid. Die Klage sei unbegründet, der Asylantrag somit endgültig abgelehnt, weitere Rechtsmittel seien nicht zulässig. Das bedeutet: David Akwasi Aboagye muß innerhalb eines Monats die Bundesrepublik verlassen.

Im August wird er verhaftet. Der Rechtsanwalt stellt einen Asylfolgeantrag. Dieser wird wegen „Unbeachtlichkeit" zurückgewiesen. Und auch die Abschiebehaftbeschwerde des Anwalts wird vom Landgericht abgelehnt. Freunde von David sind über seine Verhaftung und die Zustände erschrocken. Sie sammeln über 100 Unterschriften und schicken diese mit einem Bittbrief an den Ministerpräsi-


David Akwasi Aboagye

denten Ernst Albrecht. Albrecht leitet das Schreiben an seinen Innenminister Möcklinghoff weiter. Der bedauert, er sei nicht zuständig und leitet den Brief weiter an die Bezirksregierung Braunschweig. Der Paragraph 14 des Ausländergesetzes, nach dem ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden darf, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit oder seiner politischen Überzeugung bedroht sei, heißt es hier, träfe nicht zu. Obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß in Ghana willkürlich gemordet wird. Die Briefe, aus denen hervorgeht, daß David Akwasi Aboagye gesucht wird und der Ghana-Bericht von Amnesty International vom Juli 1983 nützen nichts.

Die Freunde von David aus Duderstadt besuchen ihn häufig in der Haft. Sie bringen ihm stets Geld mit. Sie wissen nicht, daß Aboagye seine Abschiebung selbst bezahlen muß. 2 200 Mark hat der Landkreis in Rechnung gestellt. Aboagyes Sparbuch mit 650 Mark wird später eingezogen. Seine Freunde haben für Montag, dem 28. November, eine Besuchserlaubnis erhalten. Sie sind fassungslos, David Akwasi Aboagye ist nicht mehr da. Bereits am 26. November, zwei Tage vorher, wurde er nach Ghana abgeschoben. Ende Dezember kommt von David Akwasi Aboagye noch einmal eine Nachricht aus Ghana. „Es ist wie die Hölle, sie töten wie die Tiere." Sechs Wochen später erhalten seine Freunde die Mitteilung von seinem Tod, erschossen von ghanaischen Soldaten.

Wie im Fall Kemal Altun, dem nach seinem Tod Asyl zugesprochen wurde, so nützt auch David Akwasi Aboagye die Entscheidung von Oberkreisdirektor Alexander Engelhardt nichts mehr, Asylbewerber aus Ghana vorerst nicht mehr nach Westafrika abzuschieben. Und auch den vier Afrikanern aus Ghana, die zur Zeit im Kreis Göttingen leben, kann dies kein Trost sein. Eine wirkliche Hilfe ist es für sie nur, wenn — wie im Roten Morgen 8/84 „Asyl für einen Toten" richtig stand — endlich dem Schreibtischmorden westdeutscher Behörden und Politiker ein Ende gesetzt wird, damit alle Asylbewerber schnell und unbürokratisch Asyl erhalten.

— Anzeige —

Theorie im RM-Verlag

Aus unserem Vertriebsprogramm:

Lehrbuch Politische Ökonomie
Band 1, Die bürgerliche Produktionsweise, 359 Seiten, 14,80 DM.
Band 2, Die sozialistische Produktionsweise, 397 Seiten, 10,80 DM.

Ernst Thälmann
Reden und Aufsätze
Band 1, 655 Seiten mit vielen Bilddokumenten, 12,— DM.
Band 2, 567 Seiten mit vielen Bilddokumenten, 12,— DM.

Paul Merker:
Deutschland — Sein oder Nichtsein
Band 1, Von Weimar zu Hitler, 424 Seiten, 22,— DM.
Band 2, Das Dritte Reich und sein Ende, 574 Seiten, 26,— DM.

Bestellungen an:
RM-Verlag
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Aus der albanischen Presse

Auch konventionelle Waffen bedrohen die Völker

Einen redaktionellen Artikel unter dieser Überschrift fanden wir in der Ausgabe von „Zëri i popullit" vom 28. Januar dieses Jahres auf Seite 4. Er setzt sich mit der Erscheinung auseinander, daß im Zuge des Kampfes gegen den Atomkrieg die Gefahren, die die konventionelle Aufrüstung mit sich bringt, in Vergessenheit geraten können und geraten, eine Erscheinung, die wohl auch der westdeutschen Friedensbewegung nicht fremd ist. Wir bringen den Artikel in eigener Übersetzung.

Die Weltöffentlichkeit hat sich mit Recht gegen die Atomwaffen, die die Supermächte und die imperialistischen Großmächte beherrschen, erhoben und gegen sie protestiert. Diese Bewegung wird Albanien auch in Zukunft unterstützen.

Die Schärfung des Bewußtseins der Volksmassen gegen Atomwaffen, gegen Atomraketen ist richtig. Doch die Bedrohung der Menschheit durch einen Atomkrieg zwischen den Supermächten und ihren Militärblöcken kann nicht die Gefahr verbergen, die für die Völker durch konventionelle Waffen entsteht. Aus bestimmten Gründen schweigt sich die Weltöffentlichkeit darüber aus, bewahrt „Ruhe", und die ebenfalls große Gefahr, die der Menschheit durch den Ausbruch eines konventionellen Krieges droht, wird verdeckt. Dies ist von Vorteil für die Hauptkriegstreiber USA und Sowjetunion und wird von ihnen genutzt.

Alle Kriege, die geführt worden sind und geführt werden, vom Zweiten Weltkrieg bis heute, von den Supermächten selbst oder mittels Dritter, wurden und werden mit konventionellen Waffen geführt. Mit konventionellen Waffen wurden die verbrecherischen Aggressionen der Amerikaner in Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Grenada und die Aggression der Sowjets in der Tschechoslowakei und Afghanistan geführt, mit diesen Waffen wurden Hunderttausende unschuldiger Menschen in Salvador, Angola, Namibia und im Tschad getötet und massakriert, überall dort, wo es lokale Kriege gab.

Es gab und gibt die Versuche der Besitzer der großen konventionellen Waffenlager, der Supermächte und ihrer Blöcke, internationale Normen aufzustellen und das konventionelle Wettrüsten zu legitimieren. Die Mystifizierung der Atomwaffen dient den Supermächten auch dazu, daß die Völker die konventionellen Waffen vergessen.

Die Rüstung und das Wettrüsten mit den ausgetüfteltsten konventionellen Waffen hat noch nie dagewesene Ausmaße angenommen und alle Länder, mit Ausnahme Albaniens erfaßt. Viele Regierungen und Staaten rüsten wie wild. Warum eigentlich? Es versteht sich von selbst, daß Waffen produziert, ge- und verkauft werden, um sie einzusetzen, um Kriege zu entfachen, wie dies im Libanon, Nicaragua, Guatemala, Afghanistan, im Iran/Irak-Konflikt geschieht, wo die Menschen Opfer konventioneller Waffen werden.

Die ausgeklügelten konventionellen Waffen bringen den Imperialisten große Profite. Allein aus veröffentlichten Angaben geht hervor, daß sich der Waffenverkauf innerhalb eines Jahres auf 4,5 Milliarden Dollar im Mittleren Osten, 1 Milliarde in Nordafrika, 887 Millionen im Fernen Osten, 881 Millionen in Südostasien, 433 Millionen in Südafrika und 385 Millionen Dollar in Zentralamerika belief.

Auf dem Weg zur konventionellen Rüstung haben sich viele Staaten und Völker zu Schuldnern der Großmächte gemacht. In einigen Fällen scheuen sich die Waffenhändler nicht, „frei" zu verkaufen, was sie nicht aus Weitherzigkeit tun, sondern mit der Absicht und der Sicherheit, daß die Länder, die Waffen abnehmen, hinsichtlich Ersatzteilen und Munition, Ausrüstung und „Beratern" Sklaven bleiben! Abhängigkeit von Waffen bringt politische und wirtschaftliche Abhängigkeit. Wer Waffen kauft, gibt den Waffenhändlern später die eigenen Meere und Häfen, den Boden und Militärbasen, Hafenerleichterungen und Raketenplätze.

An diesem Wettlauf und Waffenhandel beteiligen sich auch Staaten, die in Schulden ersticken und sich am Rande des Ruins befinden, wie das sogenannte blockfreie Jugoslawien, das sich mit der Stimme hoher offizieller Vertreter brüstet, im Jahre 1983 sei der Waffenexport im Vergleich zum Jahr 1982 um 43,5 Prozent gestiegen. Wem verkaufte Jugoslawien denn diese Waffen? Diese oder jene Staaten, die Waffen verkaufen, schüren mit dem Waffenhandel den Krieg eines Landes gegen ein anderes und bewaffnen terroristische Gruppen, die gegen die Interessen der Völker arbeiten. Doch versäumen es diese Waffenhändler nicht, Demagogie über Frieden und Abrüstung auf dem Balkan zu betreiben und sogar „Albanien" zu beschuldigen, „eine Gefahr für den Frieden darzustellen". Die Weltöffentlichkeit aber glaubt ihren Märchen nicht. Sie sieht, daß die Gefahr für die Menschheit und den Weltfrieden gerade von denen ausgeht, die rüsten, und daß diese vom Blut der Völker profitieren.

Albanien, das sich entschlossen gegen den Krieg und für Frieden und wahre Sicherheit ausspricht, ist sowohl gegen die atomare wie konventionelle Bewaffnung, ist für die Liquidierung aller Waffen, ob atomar oder konventionell. Wenn die Partei der Arbeit Albaniens warnend darauf aufmerksam macht, daß die Welt heute mit einem allgemeinen Krieg und lokalen Kriegen schwanger geht, hat sie dabei sowohl Atomwaffen als auch konventionelle Waffen vor Augen. Wenn die PAA betont, daß ununterbrochene Aufrüstung eine Existenzbedingung des Imperialismus und des Sozialimperialismus ist, daß die Supermächte die Quelle von Kriegen und Aggressionen sind, vergißt sie niemals die Gefahr, die von der Atomrüstung ausgeht, aber auch nicht jene, die von der konventionellen ausgeht.

Die Gefahr konventioneller Rüstung zu ignorieren, kann die Völker sehr teuer zu stehen kommen. Als Grundlage für Kriegsvorbereitungen dient den amerikanischen Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten sowohl die atomare als auch die konventionelle Rüstung. Für die Völker, die schrecklich unter den zwei Weltkriegen gelitten haben, ist es nicht schwer, sich die Folgen eines Weltbrandes mit konventionellen Waffen vorzustellen. Darum kann der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für wirklichen Frieden nicht ohne den Widerstand gegen konventionelle Rüstung verstanden werden.

PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE, BASHKOHUNI!

ZËRI i POPULLIT

ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

„... im Namen des Volkes!"

Hin und wieder erscheinen in „Zëri i popullit" Artikel unter dem Motto „Der Sozialismus — die fortschrittlichste Gesellschaftsordnung". Wir veröffentlichen hier einen dieser Artikel, der sich mit dem albanischen Rechtswesen beschäftigt. Er erschien am 11. Januar 1984 auf Seite 3.

Im sozialistischen Albanien wählt das Volk einmal in drei Jahren mit freier und direkter Stimme auch die Richter und Laienrichter. Dies ist ein weiteres klares Zeichen des zutiefst demokratischen Charakters unseres Rechtsprechungssystems. Dies ist um so positiver, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß in den meisten bürgerlichen und revisionistischen Ländern die Richter von oben ernannt und nicht vom Volke gewählt werden. Selbst in den wenigen Ländern, in denen diese Wahlen stattfinden, ist das Wahlsystem dergestalt, daß es der Bourgeoisie gestattet, die Richterposten mit ihren Vertretern zu besetzen.

In unserem Land bestimmt und wählt das Volk seine Söhne in die Rechtsprechungsorgane: Vertreter der Arbeiterklasse, Genossenschaftsbauern und Volksintelligenz. So sind z. B., bezogen auf die letzten Wahlen, fast 75 Prozent der Laienrichter Arbeiter und Genossenschaftsbauern, vorbildliche Werktätige, die sich der Sympathie, des Respekts und des Vertrauens ihres Kollektivs, in dem sie arbeiten und leben, erfreuen. Diese Zusammensetzung zeigt die große aktive Rolle auf, die die breiten werktätigen Massen bei der Ausübung der Rechtsprechung spielen.

Da vom Volke gewählt, legen die Richter und Laienrichter von Zeit zu Zeit auch vor ihm Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Verliert irgendeiner das Vertrauen des Volkes, kann er jederzeit von den Wählern abgesetzt werden. Solche Laienrichter bringen bei der Rechtsprechung in der Tat den Willen der werktätigen Massen zum Ausdruck. Genosse Enver Hoxha sagte in diesem Zusammenhang: „Die Gerichte aller Ebenen, die im Namen des Volkes Urteile fällen, bringen die politische und moralisch Haltung und Beurteilung der Gesellschaft über Tat und Schuldigen zum Ausdruck."

Die aktive Rolle der Massen bei der Rechtsprechung in unserem sozialistischen Land kommt auch klar darin zum Ausdruck, daß Tausende Werktätige das Amt eines Laienrichters an den Gerichten der Dörfer, Städte und Wohnvierteln ausüben. Im Artikel 102 der Verfassung der SVRA heißt es, daß Urteile nur unter Mitwirkung der Laienrichter von gesetzlichen Ausnahmen abgesehen, gefällt werden dürfen. Dies ist keine formale Vorschrift, sondern findet in unserer gesamten Gerichtspraxis vollständige Anwendung. Das Wirken der Laienrichter ist ein wichtiges Mittel für die Revolutionierung der Arbeit der Gerichte gegen Erscheinungen von Bürokratismus und Liberalismus.

Unsere Laienrichter haben in keiner Weise etwas mit den „Geschworenen" an bürgerlichen Gerichten zu tun. Der „Geschworene" des bürgerlichen Gerichts dient dem bürgerlichen Rechtsprechungsapparat nicht nur dazu, Druck auf die Volksmassen auszuüben, er hat auch nur beschränkte Funktionen beim Gerichtsprozeß, da sich die gesamte Macht in den Händen der Berufsrichter konzentriert. Bei unserer Prozeßordnung dagegen ist der Laienrichter beim Gerichsprozeß mit allen Gliedern des Gerichtskörpers gleichberechtigt. Am bürgerlichen Gericht spielt der Geschworene ausschließlich die Rolle des Beobachters, wobei ihm im Strafprozeß nur das Recht aus Feststellung der Schuld zukommt, die Festsetzung der Strafe liegt allein in der Hand des Berufsrichters. Die sowjetischen Revisionisten gingen sogar noch weiter: sie haben in der Strafprozeßordnung festgelegt, daß für sogenannte kleine Fragen (die in Wirklichkeit aber den großten Anteil ausmachen) die Verurteilung durch nur eine Richter genügt und somit die Hilfsrichter ausgeschlossen.

Dort dienen die Gerichte als Rauchvorhang, um die Übel der kapitalistischen Ordnung zu verdecken, und vor allem, um die brutale Unterdrückung der werktätigen Massen zu legitimieren. Ihre gesamte Tätigkeit wickelt sich in den finsteren Gerichtssälen ab, in denen jede Sache so behandelt wird, daß noch mehr psychologischer Druck auf den Angeklagten und die im Gerichtssaal Anwesenden ausgeübt wird. Unsere Volksgerichte dagegen leisten unter Führung der Partei, ihre politische Linie anwendend, ständig eine erzieherische Arbeit, sogar auch außerhalb der Gerichtssäle, wobei sie die verschiedensten Formen nutzen (Versammlungen in den Werktätigenkollektiven, wo die aus der Beurteilung der Fragen gezogenen Schlußfolgerungen durchgearbeitet werden, Popularisierung der Gesetze, Veröffentlichungen in der Presse usw.). Mit anderen Worten, unsere Richter und Laienrichter sind nicht nur dazu da, Urteile zu fällen, sondern setzen sich in erster Linie in enger Zusammenarbeit mit allen Massenorganisationen aktiv für die revolutionäre Erziehung der Massen ein, um Gesetzesübertretungen vorzubeugen.

Um im Geiste unserer Verfassung handeln und die Forderungen realisieren zu können, wurden Normen aufgestellt, die die Rechte und Pflichten der Bürger, der Massenorganisationen und der Volksräte bezüglich der Rechtsprechung enthalten, die die Gerichte unterstützen. Gemäß Artikel 73 der Strafprozeßordnung haben die Massenorganisationen das Recht, von den Ermittlungs- und Gerichtsorganen die Unterbrechung einer Strafsache zu fordern, wenn sie der Meinung sind, daß die begangene Tat eine nur geringe Gefahr darstellt. Ebenso enthält die Zivilprozeßordnung Verordnungen, die die Mitwirkung von Massenorganisationen und Werktätigenkollektiven zur Beilegung ziviler Streitsachen vorsehen. Dazu gehört der Artikel 83, der den Volksräten und den Massenorganisationen das Recht gibt, auf die Beilegung ziviler Streitigkeiten hinzuwirken, wodurch die Behandlung vor Gericht unnötig wird. Artikel 82 des o. a. Gesetzes wiederum verpflichtet die Gerichte, durch vorhergehende Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen und den Werktätigenkollektiven eine außergerichtliche Lösung jeder Zivilsache anzustreben. So konnten z. B. im vergangenen Jahr 90 Prozent aller Fälle, die mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhingen, außergerichtlich entschieden werden.

Dies alles zeigt bestens nicht nur die breite Mitwirkung der werktätigen Massen bei der Ausübung der Rechtsprechung, sondern auch, daß die Verteidigung der Gesellschaftsordnung, die Stärkung der Diktatur des Proletariats Sache des ganzen Volkes unter Führung der Partei ist.

Meldungen

Nicaragua

Wieder lief ein Schiff auf eine Mine

Ein mit 10000 Tonnen Fracht beladener liberianischer Frachter wurde in der vergangenen Woche bei der Ausfahrt aus dem nicaraguanischen Hafen Corinto durch eine Seemine beschädigt. Nachdem schon ein sowjetischer Frachter auf eine Mine lief, ist dies der zweite Fall dieser Art in dem Pazifikhafen, der für die Versorgung des Landes große Bedeutung besitzt. Das Außenministerium in Managua machte für den Zwischenfall die US-amerikanische Regierung verantwortlich. Aktionen wie die Verminung eines großen Seehafen können die Contras unmöglich ohne größere finanzielle und militärische Unterstützung der USA durchführen.

Mittlerweile sind in Nicaragua durch die Verminung der Häfen durch die antisandinistischen Kräfte Engpässe in der Versorgung mit Industrie- und Konsumgütern aufgetreten. Aus Kapitalistenkreisen wurden Warnungen laut, man müsse Produktionseinschränkungen vornehmen, wenn die Regierung nicht die Versorgung mit Rohstoffen garantiere. Damit wird hier auf einmal die sandinistische Regierung verantwortlich gemacht für etwas, was die Contras getan haben. In Nicaragua selbst sind jetzt schon Zucker und Benzin rationiert. Und für viele Konsumgüter, die knapp werden, existiert ein Schwarzmarkt, auf dem dunkle Geschäfte mit horrenden Preisen gemacht werden.

Indien

1200 Tote beim Hafenarbeiterstreik?

In der vergangenen Woche berichtete der RM über das Polizeimassaker in den Wohnvierteln streikender Hafenarbeiter in der Provinz Orissa im Nordosten Indiens.

Die indische Nachrichtenagentur PTI meldete jetzt, daß bei dem Blutbad in der Hafenstadt Paradip bis zu 1200 Menschen umgekommen seien. Sie berief sich dabei auf Angaben eines Parlamentsabgeordneten, der mit einer Untersuchungsdelegation vor Ort Nachforschungen angestellt hat.

Der Hafenarbeiterstreik, der seit Mitte des vergangenen Monats zehn Häfen völlig lahmgelegt hat, geht um eine Lohnzulage von zwanzig Dollar im Monat für die Arbeiter.

Die Polizeiaktion, die so vielen Menschen das Leben kostete, hat außerdem einen Sachschaden von 4 Millionen Dollar angerichtet. Über 3000 Hütten der Bewohner der Hafenarbeiterviertel waren in Flammen aufgegangen.

Wahlfarce in El Salvador

Der große Betrug

US-Beobachter zufrieden

Am 25. März fanden in El Salvador Wahlen statt. Ohne Zulassung einer echten Opposition konnten, bzw. mußten die Bürger El Salvadors zwischen dem ultrarechten Roberto d'Aubisson und dem Christdemokraten Napoleon Duarte wählen. Die Wahlen, mit Millionen Dollar von den USA unterstützt, endeten in einem riesigen Chaos, der gewünschte Effekt — die internationale Begeisterung über das demokratische El Salvador blieb aus.

Mehr als 10,5 Millionen Dollar steckten die USA allein in die Unterstützung des Wahlablaufs vom 25. März. Ein Computersystem wurde installiert, Urnen angeschafft, Wählerregister hergestellt. Mit diesem Riesenaufwand sollte das seit Jahren von verschiedensten reaktionären bis faschistischen Marionettencliquen der USA beherrschte Land sich international als ein demokratisches Staatswesen zeigen. Internationale Beobachter wurden geladen, im Gegensatz zu den letzten Wahlen in El Salvador schickte auch die westdeutsche Sozialdemokratie eine Delegation.

kontrollierten Gebieten für die Regierung sowieso nichts zu melden, bzw. zu wählen war, konnte trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Wahlpflicht nur ein Teil der Wähler wählen.

Ein kompliziertes Verfahren, daß Wähler an bestimmte Plätze, wo sie im Wählerverzeichnis aufgenommen sein sollten, bestellte, funktionierte gar nicht. In einer Reihe von Stimmbezirken, auch in der Hauptstadt, fehlten Wahlurnen, in anderen Wahllokalen die Stimmzettel. Anderswo wiederum fehlten die Wahlhelfer oder die Stimmzähler. Riesige Wählermassen



Die Strafandrohung bei Nichtwahl schickte tausende Menschen in ein Riesenchaos bei der Wahlfarce in El Salvador. Unser Bild zeigt ein Wahllokal in der Hauptstadt.

Der Grund für dieses ganze Spektakel ist die bevorstehende Debatte in Washington über die Weiterführung und Erhöhung der Hilfen für El Salvador. Zu sehr ist dieses Land in Verruf geraten, zu breit der internationale Protest und der Widerstand in den USA gegen die Diktatur dort, als das Reagan hoffen kann, seine Pläne ohne etwas "Demokratisches" glatt durchzubekommen.

Über 62 Millionen Dollar soll der US-Senat für das Regime in El Salvador bewilligen. Bislang wurde der größte Teil derartiger Hilfen aus Geheimfonds vergeben. Aber die ohne jeglichen Zweifel tagtäglich stattfindenden Menschenrechtsverletzungen in El salvador, die Massenmorde der "Todesschwadronen", die Unterdrückung der Opposition und die zunehmenden Erfolge der Befreiungsbewegung, die schon Teile des Landes voll unter Kontrolle hat, machen es der Reagan-Administration schwer, derlei Summen für das Regime in San Salvador lockerzumachen.

Aber das groß angekündigte Wahlprojekt geriet zur Riesenpleite, sogar die bürgerliche Presse sprach von einem Chaos. Abgesehen davon, daß in den von der Befreiungsbewegung

wurden durch die Städte umdirigiert, die großaufmarschierte Armee hatte Mühe, die Menschenmassen unter Kontrolle zu halten. Schon Stunden vor Wahlende war die Verwirrung allgemein. Sogar Reporter der staatlichen Radiostationen sprachen im Zusammenhang mit dieser Wahl von "schlechtem Scherz" von "Stimmraub" und "Betrug". Drei Stunden vor Ende der Wahl sagte ein Sprecher des Wahlausschusses, Einrique Campos: "Wir können nicht dafür garantieren, daß es keinen Wahlbetrug gegeben hat.".

Als kurz nach Schließung der Wahllokale der Cheftechniker des Wahlcomputersystems für die Stimmauszählung von seinem Posten gejagt wurde, Militär seine Rückkehr verhinderte, dann wiederum andere Techniker die Arbeit verweigerten, war klar, daß der Versuch, eine demokratische Schau zu inszenieren, gescheitert war. Daran ändert auch nichts die Stellungnahme der Beobachterdelegation des Bundestags, die nicht die Bedingungen, sondern die angeblich unfähigen Wähler für diese Pleite verantwortlich machen wollten.

Das Wahlergebnis — nach Tagen erst herausgekommen — sieht den Christdemokraten Duarte mit einem Stimmenanteil von 42 Prozent weit vor dem Faschisten d'Aubuisson mit 31 Prozent. Der Rechtsanwalt Guerrero von der Partei der Nationalen Versöhnung erhielt rund 20 Prozent der Stimmen. Duarte und d'Aubuisson werden Anfang Mai nochmals in eine Stichwahl gehen.

Von den USA und ihren Verbündeten wird Duarte eindeutig favorisiert. Hat er sich doch schon mal als Präsident in der Zusammenarbeit verdient gemacht, ist er doch nicht so sehr wie sein Gegenspieler d'Aubuisson direkt in die blutigen Geschäfte der Repression des Landes verwickelt.

Der Faschist steht im Verdacht, an der Ermordung des salvadorianischen Erzbischofs Romero beteiligt gewesen zu sein, seine Komplizenschaft an den Massenmorden der Todesschwadronen — ein offenes Geheimnis. All das kann aber Duarte nicht zum "kleineren Übel" machen. Auch er ist ein harter Vertreter der Interessen seiner Oberherren in den USA, fanatischer Antikommunist und erfahrener Unterdrücker der Befreiungsbewegung El Salvadors.

Daß bei den Wahlen die echte Opposition des Landes, die FDR, die die Befreiungsbewegung FMLN führt, nicht nur nicht zugelassen war, sondern weiterhin mit allen Mitteln unterdrückt wird, daß jeder der Politiker die zur Wahl standen, diesen Vernichtungsfeldzug weiterführen will, das ist der wahre Skandal bei diesen Wahlen, bei denen es nichts zu wählen gab.

Das sehen die US-Beobachter dieser Wahl natürlich ganz anders. Nach deren Bericht steht einer weiteren Unterstützung dieses Staatswesens nichts mehr im Wege. Auch die kanadische Beobachterdelegation meinte, die Integrität der Wahlen sei "gänzlich gewährleistet" gewesen, die komplizierte Wahlorganisation sei ja auch nur ein Schutz gegen Wahlfälschung.

Die USA sehen jetzt allerdings neue Probleme für die unter ihrem "Schutz" stehende "demokratische Staatswesen": Sollte sich Duarte bei den kommenden Stichwahlen mit einfacher Mehrheit gegen d'Aubuisson durchsetzen, ist dieser ach so demokratische Gegenkandidat offensichtlich nicht bereit, das hinzunehmen. Schon kurz nach dem Bekanntwerden der ersten Wahlergebnisse, die Duarte favorisierten, tauchten die ersten Putschgerüchte in El Salvador auf. D'Aubuisson hat nicht nur über die Todesschwadronen beste Beziehungen zur Armee ...

Spendenaktion

"Waffen für El Salvador"

Postscheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Bisher sind 3.501.832,12 DM eingegangen.

Straßenschlachten in Longwy Stahlarbeiter im Kampf



Die Regierung Mitterand hat wieder eines ihrer Wahlversprechen gebrochen: 1981 versicherte der "Sozialist" Mitterand den Stahlarbeitern von Longwy noch, ihre Region werde die "Speerspitze des industriellen Wiederaufbaus", jetzt hat seine Regierung ein Kahlschlagprogramm für das krisengeschüttelte Industrierevier verabschiedet. 20000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie sollen vernichtet werden.

Die Antwort der Arbeiter war eindeutig: In Longwy, wo das Arbeitsplatzabbauprogramm mit der Vernichtung von 2000 Arbeitsplätzen beginnen soll, stürmten die Arbeiter das Finanzamt, plünderten es aus und versuchten es anzuzünden.

Auch dem Parteibüro der Sozialisten ging es nicht besser. Unser Bild zeigt brennende Akten vor dem Gebäude. Straßenschlachten mit militanter Härte gegen die in großer Zahl angerückte Bereitschaftspolizei zeigen die Erbitterung, aber auch die Kampfkraft der Stahlarbeiter in Lothringen.

Nach mehr als drei Wochen Streik

Britische Kumpel geben nicht auf

Große Mehrheit für nationalen Streik

Nach mehr als drei Wochen Kampf steht die Streikfront der britischen Bergarbeiter weiter. Trotz des größten Polizeieinsatzes der britischen Nachkriegsgeschichte und verschiedenster Spaltungsversuche und Drohungen gegen die Gewerkschaft ist jetzt die Mehrheit der Kumpel für einen nationalen Streik.

20000 Arbeitsplätze hat das staatliche Kohleunternehmen National Coal Board in den letzten Jahren vernichtet. Weitere 20000 sollen abgebaut werden. In den am schwersten betroffenen Revieren, vor allem in Yorkshire aber auch in Schottland, Wales und Kent streiken jetzt die Bergleute. Begonnen hatten die Kumpel von Cortonwood in Yorkshire. Sie weiteten den Streik auf die ganze Grafschaft aus und wurden dann von anderen Regionen unterstützt.

Gerade in der Frage der Ausdehnung des Kampfes — möglichst zu einem nationalen Arbeitskampf gegen die staatliche Kohlegesellschaft — gab es große Konflikte. Mit einer Hetzkampagne, die aufgrund der Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher jegliche Ausdehnung des Streiks verhindern wollte, begann die Gegenseite, mit brutalem Polizeieinsatz ging es weiter.

Aber selbst dieser Großeinsatz der Polizei, die ganze Reviere faktisch militärisch besetzte, um Streikposten gar nicht erst in die Nähe von Gruben zu lassen, konnte die Streikfront nicht isolieren, im Gegenteil, sie weitete sich aus. Wo die Streikposten nicht an die Gruben herankamen, blockierten sie in der vergangenen Woche weiträumig sämtliche Zufahrten zu den Bergwerken, Autobahnen wurden blockiert. Trotz der 60 Verhaftungen bei dieser Aktion war sie ein erfolgreicher Teil der Kampagne, den Streik auszuweiten. Zumal, oder vielleicht wegen, des massiven Polizeieinsatzes wird heute in lediglich 38 von 174 Zechen noch gearbeitet. Und die Hetzkampagne, die Berarbeitergewerkschaft traue sich nicht, einen nationalen Streik auszurufen, weil sie keine Mehrheit habe, ist auch widerlegt:

Die Zeitung "Mail on Sunday" berichtete am Sonntag, daß 70 Prozent der britischen Bergleute die seit dem 12. März andauernden Streikbewegungen befürworteten.

Das geht aus einer repräsentativen Umfrage hervor. Den Gewerkschaftsstatuten zufolge darf ein nationaler Streik nur dann ausgerufen werden, wenn mindestens 55 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Bergleute dafür stimmen. Nach der Umfrage würden gegenwärtig mindestens 60 Prozent der organisierten Bergleute für einen nationalen Streik stimmen. Demnach steht einer Änderung der Taktik der Bergarbeitergewerkschaft NUM eigentlich nichts mehr im Wege. Bislang hatte sie es den regionalen Gewerkschaftsvertretungen in den verschiedensten Regionen überlassen, gegen die Stillegungspläne zu protestieren oder zu kämpfen.

Die streikenden britischen Bergleute erhalten jetzt auch mehr und mehr Unterstützung anderer Berufszweige: Sechs verschiedene Gewerkschaften, darunter die der Eisenbahner, der Kraftfahrer, der Schauerleute und Seeleute beschlossen, aus Solidarität mit den Streikenden keine Kohle mehr zu befördern.

Leben aus dem Müll

In „Gottes eigenem Land", den USA, wie es einige ihrer Führer gern nennen, herrscht breite, massenhafte Armut. Viele Menschen ernähren sich, kleiden sich aus Abfällen. Das paßt natürlich gar nicht gut in das Bild dieses Landes, und so wurde es vielerorts einfach verboten, im Müll zu suchen.

Die Armen in der Stadt St. Louis (Missouri) dürfen zumindest tagsüber weiter die Mülltonnen auf der Suche nach verwertbaren Gegenständen durchwühlen. Einige hundert mittellose Bürger haben durch massive Proteste im Rathaus erreicht, daß eine neue Verordnung, die das Durchstöbern der Abfallbehälter verbietet, auf die Nachtstunden beschränkt wurde.

Einige der meist älteren Demonstranten argumentierten nach Presseberichten, daß sie ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf von Dosen und Flaschen bestreiten müßten, die sie aus Mülltonnen sammeln. Andere berichteten, sie versorgten sich aus dem Abfall mit Kleidung und Lebensmitteln.

Wird Rheinmetall reingewaschen?

Die Manager des großen Rüstungskonzerns Rheinmetall stehen unter dem Verdacht, mehrmals entgegen gesetzlichen Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes dicke — mörderische — Geschäfte mit Waffen gemacht zu haben.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen hat, wird auf einmal die Bonner Regierungskoalition aktiv, versteckt in einer Änderung des Waffengesetzes sollen die bisherigen Bestimmungen über den unerlaubten Waffenexport entschärft werden. So will sich die Regierung das Recht verschaffen, selbst zu bestimmen, ob ein Verfahren eingeleitet wird oder nicht. Bonn bedauert, daß bisher „die Möglichkeit einer Einstellung des Verfahrens verschlossen" sei.

Die Regierungspläne decken sich im übrigen zufällig mit den Aussagen des Rechtsberaters der Waffenschmiede Rheinmetall, Jürgen Waldowski. In der Zeitung „Wehrtechnik" plädierte er dafür, Verstöße gegen das Waffenkontrollgesetz künftig nur noch als Vergehen zu behandeln. Bonn hat ihn erhört.

Haben gut lachen: Rheinmetall-Manager

Der Borkenkäfer ist es!

Die Ursachen des Waldsterbens, das immer größere Teile des berühmten deutschen, aber auch Teile des europäischen Waldes erfaßt hat, beschäftigen viele Experten, Professoren, Institute, Initiativen.

Daß Kohlekraftwerke und ihre ungefilterten Emmissionen etwas damit zu tun haben könnten — einiges spricht dafür. Die Zeitung der „einheit" der IG-Bergbau und Energie („Der Bayernkurier der Gewerkschaften", so die „Süddeutsche Zeitung") hat aber jetzt groß aufgemacht auf Seite 1 der April-Ausgabe 'nen neuen Schuldigen ausgemacht: den Borkenkäfer. Kein April-Scherz, der Ausriß aus der Zeitung beweist es ...



einheit

1. April-Ausgabe Nr. 7
Bochum, 1. April 1984

L 1662 DX

Der Wald hat viele Feinde
Borkenkäfer stark vermehrt

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Arbeitslosentreffs der KPD

1. Für Nordrhein-Westfalen:
Sonntag, 6. Mai, 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund-Hörde

2. Für Norddeutschland:
Samstag, 12. Mai, 11 Uhr, Thälmann-Buchhandlung, Hamburg 6, Margarethenstraße 58

Themen: 1. Die aktuelle Lage, 2. Der Stand der Arbeit, 3. Die neue Zeitung, 4. Verschiedenes.

Dortmund

Mai-Veranstaltung der KPD Dortmund
„Sozialismus schafft Arbeit für alle"
Beiträge: Zum aktuellen Stand des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Berichte zu den Betriebsratswahlen, Das sozialistische Ziel der KPD, Kulturprogramm mit Kabarett.
Montag, 30. April, 19.30 Uhr
Gasttätte „Haus Göbbeln", Schützenstraße, Ecke Feldherrnstraße

ESSEN

Koordinationstreffen von Aktivisten der 35-Stunden-Woche, mit Auswertung und Diskussion solcher Themen wie „betriebliche Mobilisierung" und „gewerkschaftliche Taktik"
Zeche Carl, Hömannstr. 10
Mittwoch, 18. April, 18.30 Uhr

aktuell

Das neue RM-Taschenbuch:



Michael Banos (Herausgeber)

Brennpunkt Zentralamerika

Analysen — Berichte — Reportagen
Bilder — Zahlen — Daten — Fakten

Mit der vorliegenden Sammlung mit Artikeln und Dokumenten über einen der international wichtigsten Schauplätze des Kampfes der Völker für Frieden, Unabhängigkeit und Sozialismus legt der Verlag Roter Morgen nicht nur bekannte Artikel aus der Wochenzeitung der KPD vor, sondern auch viel neues, interessantes Material, das den Blick schärfen soll für die Entwicklungen in Zentralamerika, das mithelfen soll, die notwendige Solidarität mit den Völkern dieses Teils der Erde im Kampf gegen den US-Imperialismus zu verstärken.

Im Schwerpunktteil — zu Nicaragua — stellen wir erstmals ausführlich die in der westdeutschen Solidaritätsbewegung weitgehend unbekannten Stellungnahmen, Kritiken und Vorschläge der marxistisch-Leninistischen Kräfte Nicaraguas zur Entwicklung der Revolution vor. Ein Bilderteil — exclusiv für uns im Sommer 1983 fotografiert — ergänzt das Bild, wie auch eine kleine Auswahl von Karikaturen aus der sandinistischen Zeitung „Barricada", die sich sowohl mit der außenpolitischen Situation als auch mit Problemen, Mängeln und Schwierigkeiten in Innern des Landes befassen.

Weitere Artikel befassen sich mit den anderen Ländern der Region, vorrangig mit El-Salvador, wo die Frage akut steht, ob die Freiheitskämpfer siegen werden oder die USA das Land besetzen werden. Zum Teil sind unsere Berichte, größtenteils 1983 entstanden, bewußt nicht aktualisiert worden — die neueren Entwicklungen, die täglich in den Nachrichten und Zeitungen verbreitet werden, dürften bekannt sein — die Artikel vom vergangenen Jahr sind aber auch so ein Beleg für die Dynamik der Prozesse in Zentralamerika.

In zwei Extrateilen dieses Buches verlassen wir den konkreten Schauplatz Mittelamerika, die zehnjährige Diktatur in Chile im Süden des Erdteils wie auch die brutale Invasion der USA auf Grenada in der Karibik schienen uns aber ebenfalls wert, in diesen Band aufgenommen zu werden.

Sonderteil Grenada
Anhang Chile
10 Jahre nach dem Putsch

RM-Taschenbuch

RM-Taschenbuch — ISBN-Nr.: 3-88196-068-6

192 Seiten nur 11,80 DM

Bestellungen an: RM-Verlag,
Postfach 300526, 46 Dortmund 30
Preis: 11,80 DM (zzgl. Porto). Achtung Sammelbesteller: Wer zehn Exemplare bestellt, bekommt elf zum Preis von zehn geliefert!
Sonderkonditionen für Lateinamerika-Solidaritätsgruppen und -komitees: Ein Freiexemplar bei Bestellung von fünf Büchern, drei (!) Freiexemplare je zehn bestellter Bücher.

Aus dem Inhalt:

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.